

**Anlage 1  
Arbeitsprogramm 2013**

---



## **Inhalt**

Aktionsfeld: Regionale Wirtschaftsförderung .....	3
Aktionsfeld: Infrastruktur .....	14
Aktionsfeld: Haushalt und Wettbewerb .....	22
Aktionsfeld: Standortfaktor Verwaltung .....	26
Aktionsfeld: Arbeitsmarkt und Fachkräfte .....	30
Aktionsfeld: Wissenschaft und Technologietransfer .....	41
Aktionsfeld: Umwelt und Ressourcen .....	48
Aktionsfeld: Internationalisierung der Berliner Wirtschaft .....	53
Weitere Leistungen .....	57

Legende:

— Kennzeichen für Forderungen und Maßnahmen

**P** – gehören zur wirtschaftspolitischen Gesamtinteressenvertretung

**H** – gehören zum hoheitlichen Aufgabenbereich

**S** – gehören zu den Serviceleistungen für die Mitglieder

### **Berliner Mittelstand im Mittelpunkt – Unser Arbeitsprogramm 2013**

Der Mittelstand bildet die tragende Säule der Berliner Wirtschaft. Vom forschungsintensiven High-Tech-Unternehmen über kreative Einzelhändler bis hin zu innovativen Dienstleistern, prägen vor allem kleine und mittlere Unternehmen das Gesicht der Berliner Wirtschaft.

Vor diesem Hintergrund hat sich die IHK Berlin (Vollversammlung und IHK-Ausschüsse) ein Legislaturprogramm gegeben, das dieser Zielsetzung in den kommenden fünf Jahren dienen soll. Die darin formulierten Ziele, Maßnahmen und Forderungen werden zusammen mit allen anderen Zielen und Aufgaben der IHK Berlin jährlich in einem Arbeitsprogramm konkretisiert.

In ihrem Arbeitsprogramm für das Jahr 2013 hat die IHK Berlin Forderungen und Maßnahmen formuliert, mit denen sie Interessensvertretung, Verwaltungsaufgaben und Service für die Berliner Unternehmen konkret umsetzen wird.

## Aktionsfeld: Regionale Wirtschaftsförderung

### Ziele im Überblick:

#### **Clusterpolitik**

Ziel: Clusterpolitik betreiben - Strukturen, Controlling, Monitoring

Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters Gesundheitswirtschaft fördern

Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters IKT-/Medien-/Kreativwirtschaft fördern

Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters Verkehr/Mobilität fördern

#### **Wirtschaftsförderinstitutionen**

Ziel: Unternehmensförderung "aus einem Guss" schaffen: klare Förderstrukturen, eindeutige Zuständigkeiten, auf einander abgestimmter Service

#### **Finanzierungsinstrumente**

Ziel: Rahmenbedingungen für Finanzierung mitgestalten

Ziel: Monetäre Wirtschaftsförderung am Bedarf der Berliner Wirtschaft ausrichten

Ziel: Optimale Ausstattung mit Mitteln der Europäischen Strukturfonds sichern

Ziel: Mitglieder über Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung informieren

#### **Standortstärken**

Ziel: Positive Standortfaktoren Berlins ausbauen und betonen

Ziel: Führungsposition als Gründerhauptstadt ausbauen

Ziel: Berlin als Sportstadt begreifen

Ziel: Berlin als Tourismusmagnet ausbauen

#### **Standortmarketing**

Ziel: Berlin bei Standortentscheidungen von nationalen und internationalen Unternehmen oder Fachkräften an vorderster Stelle positionieren

### Clusterpolitik

<b>Ziel: Clusterpolitik unterstützen - Strukturen, Controlling, Monitoring</b>
--------------------------------------------------------------------------------

**Maßnahme zum Ziel:** Clusterpolitik unterstützen: Strukturen, Controlling, Monitoring

- **Clusterpolitik Berlins unterstützen und innoBB mitgestalten:** Die IHK Berlin wird Stellung nehmen zur grundsätzlichen wirtschafts- (bzw. cluster-) politischen Strategie und sich in den Konzeptionsprozess der gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg (InnoBB) einbringen. Sie wird Impulse an die Politik geben zu den Fragen, welche Cluster sinnvoll sind, in welchem Zuschnitt sie das sind, wie die Entwicklung der Cluster generell aussehen sollte und was das übergeordnete Ziel der Berliner Clusterpolitik ist. Sie wird sich auch dafür einsetzen, engere Verbindungen der Cluster und Strategien untereinander zu berücksichtigen. Denn Cluster entwickeln sich nicht entlang scharf abgegrenzter Linien. Vielmehr müssen die spezifischen Stärken Berlins gemeinsam wachsen. Themen wie Industriepolitik, Technologietransfer etc. sind bei der Clusterentwicklung zu berücksichtigen. (P)

### Forderungen zum Ziel: Clusterpolitik unterstützen: Strukturen, Controlling, Monitoring

- **Effektive Clusterstrukturen aufbauen:** Die IHK Berlin fordert, dass die im Rahmen der gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg angestrebten Clusterstrukturen auf bestehenden Standortvorteilen der Region aufbauen und zur Wettbewerbsfähigkeit der Region beitragen. Die formulierten Strategien müssen daraufhin entsprechend überprüft und angepasst werden. Die Clustermanagements sollten als unternehmensorientierte, zentrale Ansprechpartner die Akteure vernetzen. Ihre Aufgabe besteht darin, vor allem die Rahmenbedingungen zur Clusterentwicklung entsprechend günstig zu gestalten, z.B. in dem die vertrauensvolle Kommunikation zwischen Unternehmen im Cluster gefördert wird. Dazu gehört auch, den internationalen Austausch bzw. die internationale Vernetzung zu fördern, um auch langfristig neue Impulse für die Clusterentwicklung aufzunehmen und eine Stagnation durch selbstreferentielle Entwicklung zu vermeiden. (P)
- **Clustermonitoring verbessern:** Die IHK Berlin wird die aktuell bestehenden Schwächen des Clustermonitorings benennen und Verbesserungen, beispielsweise bei der Transparenz der Ergebnisse insbesondere gegenüber den Unternehmen/Clusterpartnern, fordern. Sie wird ebenfalls Verbesserungen bei der bisher unzureichenden Definition von Erfolgsfaktoren fordern. Diese sollte sich stärker an Indikatoren orientieren, die den sich bei den Unternehmen niederschlagenden Clustererfolg, beispielsweise hinsichtlich des Vernetzungsgrades oder der Diffusion von Köpfen und Know-how im Cluster, wiedergeben. (P)
- **Erfolgskontrolle und nachhaltige Clusterentwicklung gewährleisten:** Die IHK fordert die Einführung und Umsetzung von Controlling-Prozessen in den Clustern, um eine fortlaufende Erfolgskontrolle zu gewährleisten. Deren Ergebnisse müssen vom Clustermanagement zur Anpassung der Clusterorganisation und der geplanten Maßnahmen zur nachhaltigen Clusterentwicklung genutzt werden. (P)
- **Berliner Interessen bei länderübergreifenden Clustern berücksichtigen:** Die IHK wird die Clustermanagements und -entwicklungen der länderübergreifenden Cluster kritisch begleiten und fordern, dass klare Strukturen etabliert und transparent gemacht werden. Professionelle Clusterentwicklung bedeutet dabei auch, die Interessen der Berliner Akteure im Fokus zu haben und die möglicherweise gegebene Heterogenität von Teilbranchen im Cluster zu berücksichtigen. (P)

<b>Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters Gesundheitswirtschaft fördern</b>
-----------------------------------------------------------------------------

### Maßnahmen zum Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters Gesundheitswirtschaft fördern

- **Dachmarke HealthCapital stärker vermarkten:** Zur Stärkung der Gesundheitswirtschaft in Berlin wird die IHK Berlin das Cluster Gesundheitswirtschaft u.a. durch die stärkere Verbreitung der Dachmarke HealthCapital weiter profilieren und gemeinsam mit Partnern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik nachhaltige Clusterstrukturen schaffen. (P)
- **Kooperationsprojekte von Clusterunternehmen initiieren:** Die IHK Berlin wird an der Weiterentwicklung des Masterplans Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg mitarbeiten und dabei Kooperationsprojekte zwischen Unternehmen sowie zwischen Wirtschaft und Wissenschaft im Rahmen des Masterplans initiieren und unterstützen. (P)
- **Aus- und Weiterbildungsangebote für neue Berufsbilder entwickeln:** Die IHK Berlin wird sich für die Schaffung passender Aus- und Weiterbildungsangebote in der Gesundheitswirtschaft einsetzen und dazu im Dialog mit Unternehmen der Gesundheitswirtschaft und Experten aus Wissenschaft und Politik konkrete Empfehlungen erarbeiten. (P)

- **Sicherung von Gesundheitsfachkräften unterstützen:** Die IHK Berlin wird ihr Engagement zur Fachkräftesicherung im Rahmen des Masterplans Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg fortsetzen. Dazu wird sie die Messe „Gesundheit als Beruf“ gemeinsam mit den Partnern organisieren, das Profil der Messe schärfen und sich in der Job-Recruitment-Initiative „Medizintechnik“ weiter einbringen. (S)
- **Branchenspezifisches Informationsangebot bereitstellen:** Die IHK Berlin wird aktuelle branchenspezifische Themen begleiten und bewerten und dazu ein auf die Bedürfnisse der Unternehmen der Gesundheitswirtschaft abgestimmtes Informationsangebot bereitstellen, z.B. über Branchenportal, Newsletter Gesundheitswirtschaft, Veranstaltungen und Gespräche sowie den Austausch mit Branchenvertretern über den Ausschuss Gesundheitswirtschaft intensivieren. (S)

**Forderungen zum Ziel:** Weitere Entwicklung des Clusters Gesundheitswirtschaft fördern

- **Vernetzung der Aktivitäten des Masterplans einfordern:** Für eine weitere Vernetzung der einzelnen Branchen der Gesundheitswirtschaft wird die IHK Berlin z.B. eine stärkere handlungsfeldübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen des Masterplans fordern. (P)
- **Engagement von Brandenburg der Clusterstruktur anpassen:** Die IHK Berlin wird in der Gesundheitswirtschaft ein personell und finanziell stärkeres Engagement des Landes Brandenburg - den Clusterstrukturen entsprechend - einfordern, das die vorhandenen Aktivitäten des Landes Berlin sinnvoll ergänzt. (P)

**Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters IKT- /Medien- /Kreativwirtschaft fördern**

**Maßnahmen zum Ziel:** Weitere Entwicklung des Clusters IKT-/Medien-/Kreativwirtschaft fördern

- **Maßnahmenkatalog der IHK Berlin umsetzen:** Die IHK Berlin führt eine Potenzialanalyse der Berliner IKT-Wirtschaft durch. Wesentlicher Bestandteil der Studie wird ein Handlungskatalog sein, wie die Potenziale dieser Branche besser genutzt werden können. Die IHK Berlin wird darin enthaltene Maßnahmen, die sich mit dem Leistungsspektrum der IHK abbilden lassen, umsetzen. (S)
- **Mehrwert der IKT-Wirtschaft für andere Bereiche hervorheben:** Die IHK Berlin wird die Stärken und die Kompetenzen der IKT-Unternehmen und die Bedeutung von IKT als Querschnittstechnologie für andere Bereiche der Berliner Wirtschaft intensiver kommunizieren. Dazu wird die IHK Berlin 2013 gemeinsam mit Partnern verschiedene Veröffentlichungs- und Veranstaltungsformate entwickeln, um die Vernetzung mit anderen Branchen zu stärken. (S)
- **Branchenschwerpunkte IKT vorantreiben:** Die IHK Berlin wird Schwerpunktthemen der Branche durch gemeinsame Aktivitäten mit anderen Akteuren (wie Senat, IBB, TSB und SIBB) vorantreiben. Dazu gehören die Verstetigung der Arbeit des Arbeitskreises IKT-Wirtschaft, Initiativen gegen den Fachkräftemangel in der IKT-Branche sowie die Vermarktung des IKT-Standortes, u. a. mit der IT-Standortkampagne login.berlin. (P)
- **Dialog der Kreativbranche mit der Politik stärken:** Die IHK begleitet die wirtschaftliche Entwicklung der Kreativ-Branche, indem sie – speziell der Ausschuss „Creative Industries“ – im Austausch mit der Politik steht und den Dialog mit relevanten Vertretern der Parteien sucht. So lässt sich die Entwicklung der Branche weiter ausbauen und die Fähigkeit herstellen, bei sich abzeichnenden Problemfeldern rechtzeitig handeln zu können. (P)

- **Vernetzung in der Kreativbranche fördern:** Die IHK Berlin wird den Austausch zwischen den Unternehmen der Branche und der Politik sowie die Vernetzung der Unternehmen der Kreativbranche durch Informationsveranstaltungen, Präsentationen und Kooperationen fördern und unterstützen. (S)
- **Branchenspezifisches Informationsangebot:** Die IHK Berlin wird aktuelle branchenspezifische Themen begleiten und bewerten und dazu ein auf die Bedürfnisse der Unternehmen der IKT-Wirtschaft bzw. der Kreativwirtschaft abgestimmtes Informationsangebot bereitstellen, z.B. über Brancheninformationen im Internetauftritt, Newsletter, Veranstaltungen und Gespräche sowie den Austausch mit Branchenvertretern über den Ausschuss Innovation, Technologie und Industrie bzw. den Ausschuss Creative Industries intensivieren. (S)

**Forderungen zum Ziel:** Weitere Entwicklung des Clusters IKT- /Medien- /Kreativwirtschaft fördern

- **Clustermonitoring durchführen, Handlungsnotwendigkeiten ableiten:** Die IHK Berlin fordert, dass die Ziele, Strategien und Maßnahmen zur Entwicklung des Clusters IKT-/Medien-/Kreativwirtschaft strukturiert und klar kommuniziert werden. Die Handlungsfelder sollten sich stärker an den tatsächlichen Schwerpunkten der IKT-, Medien- und Kreativwirtschaft ausrichten. Grundlage dafür ist ein transparentes Clustermonitoring, das die spezifischen Stärken und Schwächen des gesamten Clusters analysiert. Die Unternehmen der Branche müssen intensiver als bisher an der Steuerung, Strategiefindung und -umsetzung des Clusters beteiligt werden. (P)
- **Unternehmen des Clusters in Clusterpolitik stärker einbinden:** Die IHK Berlin fordert, dass das Clustermanagement IKT-/Medien-/Kulturwirtschaft von „Projekt Zukunft“ (Referat der Senatsverwaltung für Wirtschaft) stärker unternehmensorientiert ausgerichtet wird. Wünschenswert ist ein zentraler Ansprechpartner und Zugangspunkt für die Wirtschaft, von dem aus branchenrelevante Kontakte und Netzwerke, Informationen und Unterstützung vermittelt werden, der aber auch selbst Aktivitäten, Impulse und Plattformen aktiv anstößt. Dazu müssen die Aktivitäten und Angebote der an der Clusterentwicklung beteiligten Institutionen (u. a. die IHK Berlin, Berlin Partner, TSB, media.net berlinbrandenburg, Medienboard Berlin-Brandenburg, SIBB u. v. a.) besser berücksichtigt und ihre spezifischen Beiträge konstruktiv abgestimmt werden. Das betrifft nicht nur die Berliner Akteure, sondern auch die länderübergreifende Abstimmung. (P)
- **Beteiligungsmöglichkeiten für IKT-Unternehmen erhöhen:** Die IHK Berlin fordert klare Verantwortlichkeiten und eine höhere Transparenz der Projekte zur Clusterentwicklung im Bereich IKT/Medien/Kreativwirtschaft, um die Beteiligungsmöglichkeiten und die Vernetzung der Unternehmen zu erhöhen. (P)
- **Handlungskatalog der IHK Berlin zur IKT-Wirtschaft umsetzen:** Die IHK Berlin wird die Ergebnisse der im Jahr 2012 durchgeführten Potenzialanalyse der Berliner IKT-Wirtschaft in 2013 öffentlichkeitswirksam vorstellen. Wesentlicher Bestandteil der Studie ist ein Handlungskatalog, wie die Potenziale dieser Branche besser genutzt werden können. Die IHK Berlin wird entsprechende Forderungen an Politik und Verwaltung richten. (P)

**Ziel: Weitere Entwicklung des Clusters Verkehr/Mobilität fördern**

**Maßnahmen zum Ziel:** Weitere Entwicklung des Clusters Verkehr/Mobilität fördern

- **Mehrwert des Clusters für Unternehmen steigern:** Die IHK Berlin beteiligt sich intensiv an der Arbeit des Clustermanagements, indem sie ihre Expertise einbringt sowie Mitglieder und Öffentlichkeit über Angebote und Chancen informiert. Damit sorgt die IHK dafür, dass der Mehrwert des Clusters für die beteiligten Unternehmen weiter steigt, die Wahrnehmung und



Präsenz des Clusters in der Branche und der Öffentlichkeit verstärkt und die Vernetzung in ganz Berlin und Brandenburg vertieft wird. (P)

- **Branchenspezifische Veranstaltungen:** Die IHK Berlin wird auch mit branchenspezifischen Veranstaltungen der Mitarbeit im Netzwerk für innovative Fahrzeugkonzepte, dass der Wissensaustausch zwischen den im Cluster darin vertretenen Kompetenzfeldern verstärkt wird und Innovationen befördert werden. (S)
- **Schaufenster Elektromobilität erfolgreich umsetzen:** Die IHK Berlin wird die Umsetzung der Projekte des Programms Schaufenster Elektromobilität aktiv begleiten u.a. mit einer Studie zu den Kompetenzen und Stärken der regionalen Zulieferunternehmen im Zukunftsfeld Elektromobilität zu einem nachhaltigen Erfolg beitragen. (S)
- **Internationalisierung:** Die IHK Berlin wird an einer stärkeren internationalen Ausrichtung des Clusters mitwirken, in dem sie ihre Informations- und Serviceangebote für die Außenwirtschaft einbringt. Dies ist eine Voraussetzung, um langfristig Stabilität und Kontinuität der Clusterarbeit zu gewährleisten. (P)
- **Fachkräftebedarf sichern:** Die IHK Berlin wird gemeinsam mit dem Clustermanagement, der Urania und weiteren Partnern an der Konzipierung einer neuen Job- und Ausbildungsmesse mit dem Schwerpunkt Logistik mitarbeiten. (S)

### Wirtschaftsförderinstitutionen

**Ziel: Unternehmensförderung "aus einem Guss" schaffen: klare Förderstrukturen, eindeutige Zuständigkeiten, auf einander abgestimmter Service**

**Maßnahmen zum Ziel:** Unternehmensförderung "aus einem Guss" schaffen: klare Förderstrukturen, eindeutige Zuständigkeiten, aufeinander abgestimmter Service

- **Wirtschaftsfördereinrichtungen stärker vernetzen:** Die IHK Berlin wird gemeinsam mit institutionellen Partnern wie der IBB oder Berlin Partner dafür sorgen, die Vernetzung der Wirtschaftsfördereinrichtungen in Berlin weiter voranzutreiben und dazu konkrete Verabredungen treffen. Insbesondere unterstützt sie kurzfristig den Fusionsprozess zwischen Berlin Partner und TSB. (P)
- **Unternehmensservice erfolgreich fortführen:** Den "Unternehmensservice" weiter unterstützen. Dazu wird die IHK die Transparenz des Serviceangebots für unsere Unternehmen erhöhen und beispielsweise die Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern von Berlin Partner unter Einbindung der Initiative „IHK vor Ort“ und den Branchenkoordinatoren intensivieren. (P)

**Forderung zum Ziel:** Unternehmensförderung "aus einem Guss" schaffen: klare Förderstrukturen, eindeutige Zuständigkeiten, aufeinander abgestimmter Service

- **Engere Vernetzung mit visitBerlin vorantreiben:** Die IHK Berlin wird anregen, mittelfristig eine engere Verzahnung von Berlin Partner/ TSB mit visit Berlin zu prüfen.

## Finanzierungsinstrumente

### Ziel: Rahmenbedingungen für Finanzierung mitgestalten

**Maßnahme zum Ziel:** Rahmenbedingungen für Finanzierung mitgestalten

- **Mittelstandsfinanzierung für KMU sicherstellen:** Die IHK wird sich als Kommunikationspartner der kreditgebenden und kreditnehmenden Wirtschaft in allen Fragen der Unternehmensfinanzierung positionieren. Dies tut sie beispielsweise durch Abstimmung mit Branchen Netzwerken und Unternehmen oder Kooperation mit dem DIHK bei Positionspapieren und Stellungnahmen zu Fragen der Finanzmarkt- und Bankenregulierung. Ergänzend wird die IHK Berlin Umfragen zu Finanzierungsbedingungen durchführen und die Ergebnisse in ihre Stellungnahmen und ihre Kommunikation einfließen lassen. (P)

**Forderungen zum Ziel:** Rahmenbedingungen für Finanzierung mitgestalten

- **Finanzierungsalternativen stärken:** Die IHK Berlin wird sich auf allen politischen Ebenen für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wagnis- und Beteiligungsfinanzierungen – als Alternative zur klassischen Bankfinanzierung – einsetzen, damit diese gerade für neu gegründete oder innovative Unternehmen bedeutsamen Finanzierungsformen ausgebaut werden können. (P)
- **Forschungsförderung verbessern:** Die IHK Berlin wird von der Politik fordern, hinsichtlich der Forschungsförderung auf eine Verbesserung der Projektförderung – z. B. schlanke Förderverfahren, Technologie- und Themenoffenheit – zu setzen.

Dabei sollte auch der wichtige Aspekt der steuerlichen F&E-Förderung berücksichtigt werden, der jedoch nicht zu Lasten der bewährten themenoffenen Projektförderung gehen darf. (P)

### Ziel: Monetäre Wirtschaftsförderung am Bedarf der Berliner Wirtschaft ausrichten

**Maßnahmen zum Ziel:** Monetäre Wirtschaftsförderung am Bedarf der Berliner Wirtschaft ausrichten

- **Wirtschaftsförderung an Bedürfnisse des Mittelstands anpassen:** Die IHK Berlin wird zur Unterstützung einer passgenauen Gestaltung der Förderprogramme in Berlin insbesondere auch die entsprechenden Bedürfnisse des Mittelstandes an die Politik übermitteln, damit diese Programme dem Mittelstand offen stehen und nicht durch zu hohe Bürokratiehürden abschrecken. Die IHK wird sich noch stärker als Partner im Abstimmungsprozess der regionalen Förderprogramme positionieren. Sie wird dafür eintreten, dass Instrumente wie revolving Fonds, Beteiligungskapital oder Bürgschaften insgesamt größere Bedeutung zukommt. (P)
- **Mitgliedsunternehmen unterstützen:** Die IHK ist Mitglied in Förderausschüssen des Landes und setzt sich dort für die Belange ihrer Mitglieder bei der Vergabe öffentlicher Fördermittel ein.  
295 Stellungnahmen in Förderausschüssen des Landes (MBG, GRW, BBB, Liquiditätsfonds). (H)

**Forderung zum Ziel:** Monetäre Wirtschaftsförderung am Bedarf der Berliner Wirtschaft ausrichten

- **Förderkulisse passgenau gestalten:** Die IHK Berlin wird eine passgenaue Gestaltung der Förderkulisse in Berlin einfordern, die optimal auf die Unterstützung der Cluster und die bestehenden Standortvorteile ausgerichtet ist. (P)

**Ziel: Optimale Ausstattung mit Mitteln der Europäischen Strukturfonds sichern**

**Maßnahme zum Ziel:** Optimale Ausstattung mit Mitteln der Europäischen Strukturfonds sichern

- **Operationelles Programm der kommenden Förderperiode mitgestalten:** Die IHK Berlin wird sich weiterhin intensiv in den politischen Diskussionsprozess zur Gestaltung der kommenden Förderperiode der EU-Strukturfonds 2014 – 2020 einbringen. Sie wird insbesondere auf Landesebene, u.a. durch ihre Beteiligung im Berliner Begleitausschuss, das künftige Operationelle Programm für die Strukturfonds mitgestalten, das sich an einem effizienten Einsatz der Strukturfondsmittel orientieren muss. (P)

**Forderungen zum Ziel:** Optimale Ausstattung mit Mitteln der Europäischen Strukturfonds sichern

- **EU-Strukturfondsmittel effizient einsetzen:** Die IHK wird darauf dringen, die Strukturförderung der kommenden Förderperiode 2014 - 2020 auf ausgewählte Ziele zu fokussieren und Schwerpunkte zu setzen. Hier muss vor allem die Unterstützung der industrie- und clusterpolitischen Strategien Berlins deutlich werden. Dabei fordert die IHK Berlin, dass knapper werdende Mittel auf die Programme mit den größten wirtschaftlichen bzw. Arbeitsmarkt-Effekten konzentriert werden. Sie fordert auch, die städtische Dimension der Strukturförderung zu stärken und grenzüberschreitende Perspektiven der Förderung auszubauen. (P)
- **Wirtschaftsfreundlichkeit der Förderprogramme und- verfahren verbessern:** Die IHK Berlin fordert, die Transparenz der Förderprogramme zu erhöhen und die Verfahren wirtschaftsfreundlich zu vereinfachen. (P)

**Ziel: Mitglieder über Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung informieren**

**Maßnahmen zum Ziel:** Mitglieder über Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung informieren

- **Informationen für Mitgliedsunternehmen bereitstellen:** Die IHK wird für Mitgliedsunternehmen Informationen über öffentliche Förderprogramme aufbereiten: Dazu gehört z. B.
  - Fördermöglichkeiten beispielsweise zur Unterstützung des Unternehmenswachstums aufzuzeigen,
  - Hinweise über einzureichende Unterlagen zur Verfügung stellen. (S)
- **Regionalpartnerschaft der KfW wahrnehmen:** Als Regionalpartner der KfW unterstützt die IHK Mitgliedsunternehmen bei der Beantragung des „Gründercoaching Deutschland“ (1.600 Anträge), des „Runden Tisches“ (25 Anträge) oder bei einer „Turn-Around-Beratung“ (15 Anträge). (H)
- **Unternehmen Wege zu neuen Formen der Unternehmensfinanzierung aufzeigen:** Die IHK wird Informationsveranstaltungen mit Banken und anderen Netzwerkpartnern zu Finanzierungsthemen durchführen und dabei beispielsweise über neue Instrumente der Finanzierung wie Crowdfunding und Crowdinvesting informieren. (S)

### Standortstärken

<b>Ziel: Positive Standortfaktoren Berlins ausbauen und betonen</b>
---------------------------------------------------------------------

**Maßnahmen zum Ziel:** Positive Standortfaktoren Berlins ausbauen und betonen

- **Stärken des Standorts Berlin kommunizieren:** Die IHK Berlin wird in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen Standortanalysen durchführen und auswerten, um daraus eigene Vorschläge zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes zu entwickeln. Damit wird die IHK Berlin auch dazu beitragen, dass die Hauptstadt noch besser als attraktiver Standort für Unternehmen und Fachkräfte positioniert werden kann. (P)
- **Konjunkturentwicklung beobachten:** Die IHK wird die konjunkturelle Entwicklung weiter beobachten und die Analysequalität weiter verbessern. Dazu wird die IHK z. B.
  - auf der Grundlage einer repräsentativen Mitgliederbefragung mehrmals jährlich die Konjunkturumfrage durchführen;
  - auch künftig die erfolgreiche Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern fortsetzen und weiter verbessern;
  - die Repräsentativität der Konjunkturumfrage steigern. Dazu wird die IHK geeignete Instrumente entwickeln oder beschaffen;
  - die Nutzbarkeit der Ergebnisse für die an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen und Branchen erhöhen;
  - eine realitätsnahe Analyse der Berliner Wirtschaftscluster und einzelner Wirtschaftsbereiche mit quantitativ belastbaren Aussagen anstreben;
  - aktuelle Konjunkturentwicklungen in Berlin und Deutschland kontinuierlich beobachten, um daraus wirtschaftspolitische Handlungsempfehlungen abzuleiten;
  - zu den wichtigsten Branchen (Industrie, Baugewerbe, Handel, Gastgewerbe & Tourismus, Dienstleistungen) vertiefte Auswertungen (Branchenspiegel) herausgeben, die den Unternehmen nützliche Informationen zur Einschätzung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung zur Verfügung stellen. (S)
- **Zahlen, Daten, Fakten bereitstellen:** Die IHK Berlin wird Zahlen, Daten, Fakten zum Wirtschaftsstandort Berlin bereitstellen. Insbesondere wird die IHK dabei
  - zur Fundierung der wirtschaftspolitischen und unternehmerischen Entscheidungsfindung beitragen, indem sie die wichtigsten Eckdaten über den Wirtschaftsstandort Berlin in der Broschüre „Berliner Wirtschaft in Zahlen“ veröffentlicht;
  - die Zusammenarbeit mit Datenlieferanten (z. B. Amt für Statistik Berlin Brandenburg) weiter vertiefen;
  - eine regelmäßig erscheinende Übersicht „EinBlick Berlin“ (Arbeitstitel) herausgeben. Dieses Format wird gebündelt und übersichtlich Stand und Entwicklung der wichtigsten wirtschaftlichen Kennzahlen in Berlin vermitteln. (S)
- **Unternehmerisches Engagement bezüglich Corporate Social Responsibility (CSR) unterstützen und ausbauen:** Die IHK Berlin wird das auch für den Standort insgesamt wichtige, bestehende Engagement der Berliner Unternehmen hervorheben, Unternehmen in ihrem CSR-Engagement beraten und beispielhafte Unternehmensaktivitäten vorstellen. Sie wird entsprechende Kontakte und Netzwerke u.a. über die Fortsetzung des CSR-Forums Berlin und die Kooperation mit dem Gute-Tat-Marktplatz ausbauen und den Austausch der Unternehmen untereinander fördern.

### Ziel: Führungsposition als Gründerhauptstadt ausbauen

#### Maßnahmen zum Ziel: Führungsposition als Gründerhauptstadt ausbauen

- **Start-ups als wichtige Zielgruppe unterstützen:** Die IHK Berlin wird eine Analyse für die speziellen Bedürfnisse von Start-ups vornehmen und ggf. ihr Angebot daran anpassen bzw. sich dafür einsetzen, Rahmenbedingungen für Start-ups entsprechend zu verbessern. Dazu gehört eine Bestandsaufnahme der Bedürfnisse und bereits existierender Angebote genauso wie die Identifikation relevanter Akteure und die Erarbeitung von Maßnahmen, wie festgestellte Lücken bei Rahmenbedingungen und Angeboten für Start-ups zu schließen sind. (S)
- **Unternehmer von Morgen unterstützen:** Die IHK wird die unternehmerische Kompetenz in Schulen und Hochschulen durch Unterstützung des Projektes "Ich-mach-mich-selbständig" (IMMS) fördern. (S)
- **Existenzgründer fördern:** Die IHK stellt für potentielle Existenzgründer Erstinformationen zur Verfügung. Ebenso informiert sie Gründer und Gründerinnen bei allen Fragen zum Gründungskonzept.  
4.000 Einstiegsberatungen (telefonisch, persönlich und per Email). (S)
- **Existenzgründungen unterstützen:** Die IHK wird Existenzgründer durch Abgabe von Einschätzungen zu Gründungsvorhaben gegenüber Förderinstitutionen (Arbeitsagenturen, Job-Centern, KfW usw.) oder durch Mitgliedschaft in Fördergremien des Landes unterstützen.  
180 Stellungnahmen zu Gründungsvorhaben (H)
- **Gründungsnetzwerk Berlin:** Die IHK beteiligt sich am Gründungsnetzwerk. Dazu gehört z. B.
  - kontinuierliche Pflege und Betreuung des Internetportals von [gruenden-in-berlin.de](http://gruenden-in-berlin.de),
  - regelmäßige Treffen der Netzwerkpartner zu unterstützen,
  - Mitarbeit im Steuerungskreis [gruenden-in-berlin.de](http://gruenden-in-berlin.de). (S)
- **Verbessertes Informationsangebot für neue Mitgliedsunternehmen:** Die IHK wird ihr umfangreiches Informationsangebot für Neumitglieder durch eine Neumitgliederkampagne stärker bekannt machen. Die Kampagne beinhaltet ein neues Anschreiben, einen interaktiven Film sowie eine eigene Microsite. (S)
- **Unternehmen bei der Nachfolgeregelung unterstützen:** Die IHK Berlin wird Mitgliedsunternehmen, die einen Nachfolger suchen, unterstützen, indem sie
  - Gesuche und Angebote in bundesweiter Nachfolgebörse bearbeitet,
  - Veranstaltungen zu nachfolgespezifischen Themen durchführt,
  - Jährlichen den next-day Berlin mit Partnern organisiert. (S)

### Ziel: Berlin als Sportstadt begreifen

#### Maßnahme zum Ziel: Berlin als Sportstadt begreifen

- **Sport als Wirtschaftsfaktor begreifen und fördern:** Die IHK wird sich für die verbesserte Zusammenarbeit von Sport, Verwaltung und Wirtschaft weiter einsetzen, u.a. über den Expertenkreis "Sport und Wirtschaft" als zentralen Ansprechpartner für Politik und Verwaltung. Zugleich wird die IHK auf eine stärkere Berücksichtigung des Sports im Hauptstadtmarketing drängen und sich für eine Weiterentwicklung der Initiative „Sportmetropole Berlin“ einsetzen. (P)

### Ziel: Berlin als Tourismusmagnet ausbauen

#### Maßnahmen zum Ziel: Berlin als Tourismusmagnet ausbauen

- **Touristische Infrastruktur verbessern:** Die Berliner Infrastruktur wird an vielen Stellen den enormen Wachstumsraten im Tourismus nicht mehr gerecht. Die IHK fordert die weitere Verbesserung der touristischen Infrastruktur, indem negative Auswirkungen von Baumaßnahmen minimiert werden und z. B. Verkehrswege, Wegweisung, Busparkplätze und Bootsanlegestellen bei Baumaßnahmen möglichst wenig beeinträchtigt werden. Bei Neubauprojekten wie dem Humboldtforum oder der Museumsinsel und an Verkehrsschnittstellen, wie dem Hauptbahnhof, fordert sie die Schaffung von ausreichend Halteplätzen für Busse und Taxen ein. Dabei wird besonderes Augenmerk auf Barrierefreiheit und Familienfreundlichkeit der Infrastruktur gelegt. (P)
- **Tourismuskonzept des Senats evaluieren und Umsetzung begleiten:** Die IHK wird in einem Arbeitskreis zukunftsrelevante und branchenübergreifende Themen (insbesondere Barrierefreiheit, Mobilitätsverhalten, Leitsysteme, Gästeentwicklung, Tourismusakzeptanz etc.) analysieren und aufbereitet dem IHK-Tourismusausschuss vorstellen sowie Vorschläge für Nachjustierung des Tourismuskonzepts erarbeiten. (P)
- **Touristische Netzwerke aufbauen und stützen:** Die IHK Berlin wird den Austausch zwischen den Unternehmen der Branche und der Politik durch den Tourismusausschuss, Arbeitskreise und Veranstaltungen fördern sowie vorhandene Netzwerkaktivitäten wie den Runden Tisch Tourismus, den Tag des Tourismus sowie die Initiative Service in the City unterstützen. (S)
- **Branchenspezifische Trends aufzeigen:** Die IHK wird über verschiedene Kommunikationswege (Veranstaltungen, BW, Newsletter) über Trends und Entwicklungen im Tourismus und Handel informieren, wie z. B. mobile Bezahlfverfahren für Kreditkarten,
- **Vernetzung von Handel und Tourismus stärken:** Die IHK unterstützt die Pläne der Branchen für ein gemeinsames Shopping-Event in Berlin. Darüber hinaus wird die IHK den Bezug und Verkauf von regionalen Produkten sowie regionaltypische Tourismusangebote durch eine Veranstaltung in der Wahrnehmung der Branchen stärken und die Vernetzung fördern. (P)
- **Attraktivität Berlins für Gäste fördern:** Die IHK Berlin wird u.a. im Rahmen der Initiative "Service in the City" besonders die Kriterien Serviceorientierung, Sauberkeit, Sicherheit und Internationalität durch aktive Mitarbeit unterstützen. Zudem wird die IHK die Kooperation mit der Initiative "ServiceQualität Deutschland" in Berlin fortführen und das Angebot bei der Kommunikation unterstützen. (P)

#### Standortmarketing

### Ziel: Berlin bei Standortentscheidungen von nationalen und internationalen Unternehmen oder Fachkräften an vorderster Stelle positionieren

#### Maßnahmen zum Ziel: Berlin bei Standortentscheidungen von nationalen und internationalen Unternehmen oder Fachkräften an vorderster Stelle positionieren

- **Marketingstrategie vereinheitlichen:** Die IHK Berlin wird die Wirtschaftsfördergesellschaften Berlins bei der Erstellung einer einheitlichen Marketingstrategie begleiten. Hierbei hat sie als

Koordinatorin den besonderen Fokus auf die Aspekte: Außenauftritt des Landes, Einheitlichkeit der Messegemeinschaftsstände und Einheitlichkeit des Außenauftrittes der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Damit wird die teilweise sehr heterogene Wahrnehmung Berlins vereinheitlicht und zukünftig transparent gestaltet. (P)

- **Willkommenskultur verbessern:** Die IHK Berlin wird aktiv an einer Verbesserung der Willkommenskultur in Berlin mitwirken. Diese ist von zentraler Bedeutung, da internationale Fachkräfte die Mitarbeiterstruktur in international tätigen Unternehmen stärken und optimieren. Hierzu unternimmt die IHK selbst Anpassungen Ihres Beratungsangebotes. Auch internationale Kongress- und Tagungsveranstalter erfahren bei der IHK eine aktive Unterstützung (S)

**Forderungen zum Ziel:** Berlin bei Standortentscheidungen von nationalen und internationalen Unternehmen oder Fachkräften an vorderster Stelle positionieren

- **Vorteile Berlins überregional und international bewerben:** Die IHK Berlin wird für den Standort Berlin den Ausbau der Marketingkampagnen einfordern, welche die Vorteile der Stadt („Berlin Spirit“) herausstellt und überregional sowie international vermarktet. Hierzu gehört auch die Definition der Unique Selling Points Berlins. (P)
- **Stärken und Kompetenzen der Cluster und der Zukunftsorte vermarkten:** Die IHK Berlin wird fordern, im Rahmen dieser Marketingstrategie insbesondere auch die Stärken und Kompetenzen der Cluster und der Zukunftsorte, des Tourismus- und Kulturstandortes sowie der Sportstadt Berlin zu vermarkten. Bezüglich der Cluster und der Zukunftsorte ist dabei die jeweilige wissenschaftliche Basis (Institutionen, Forschungs Kooperationen, -projekte) einzubeziehen und in der Kommunikation nach außen stärker hervorzuheben. (P)
- **Begriffe bei Online-Angeboten vereinheitlichen:** Die IHK wird fordern, dass einheitliche Begriffswelten in allen wirtschaftsrelevanten Webangeboten der Stadt (Berlin Partner, Sen-WTF) verwendet werden. (P)
- **Für bessere Willkommenskultur Kompetenzen erweitern:** Die IHK Berlin wird gegenüber der Berliner Verwaltung fordern, dass die Sprachkompetenz von Mitarbeitern erweitert wird, um ein kompetenter Ansprechpartner auch für internationale Unternehmen und Fachkräfte zu sein. (P)
- **Fachkräfteagentur schaffen:** Die IHK Berlin wird sich für die Schaffung einer integrierten Fachkräfteagentur einsetzen, die regional, überregional und international bei Fachkräften für den Standort wirbt und erster Ansprechpartner und Dienstleister für die Berliner Wirtschaft ist.

## Aktionsfeld: Infrastruktur

### Ziele im Überblick:

Ziel: Infrastruktur der Gewerbegebiete verbessern

Ziel: Standortkooperationen fördern

Ziel: Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Unternehmen sichern

Ziel: Verkehrsinfrastrukturprojekte zügig planen und umsetzen

Ziel: Baumaßnahmen verkürzen, koordinieren und besser kommunizieren

Ziel: Städtebauförderung unter Einbeziehung der Wirtschaft verwenden

Ziel: Attraktives Wohnen in allen Segmenten ausbauen

Ziel: Bürgerbeteiligung durch Einbeziehung des Mittelstandes professionalisieren

Ziel: Berlin als Smart City koordiniert und gemeinsam voranbringen

Ziel: Erreichbarkeit der Quartiere durch alle Verkehrsarten sicherstellen und Aufenthaltsqualität verbessern

<b>Ziel: Infrastruktur der Gewerbegebiete verbessern</b>
----------------------------------------------------------

**Maßnahmen zum Ziel:** Infrastruktur der Gewerbegebiete verbessern

- **Routennetz für Schwerlasttransporte:** Die IHK wird gemeinsam mit der Verwaltung ein Routennetz definieren und voranbringen, das vorrangig für Großraum- und Schwerlasttransporte genutzt wird. Bei der Koordinierung von Baumaßnahmen sollen diese definierten Routen Priorität genießen. (P)
- **Weiterentwicklung des Berliner Wirtschaftsverkehrskonzeptes:** Die IHK wird bei der Weiterentwicklung des Berliner Wirtschaftsverkehrskonzeptes dafür eintreten, die Verbindungsstrecken zwischen Gewerbegebieten und Autobahnen als prioritäres Netz „Rote Lebensadern“ für Lkw-Anbindung mit ausreichenden Radien, ohne Verkehrsberuhigung und Temporeduzierung zu kartieren, zu erhalten und weiterzuentwickeln. (P)
- **Herausragende Standorte:** Die IHK wird die Entwicklung herausragender Gewerbestandorte weiter eng begleiten, um eine bestmögliche Entwicklung zu zukunftsweisenden Wirtschaftsstandorten zu ermöglichen. Dazu gehören
  - etablierte Standorte wie an der Motzener Straße,
  - Orte des Wissens wie der Biotech-Campus Berlin-Buch,
  - Weiterentwicklungsstandorte wie Schöneweide genauso wie
  - Zukunftsstandorte wie Tegel oder der Clean Tech Park Marzahn. (P)
- **Online-Gewerbemietenservice aufbauen:** Die IHK Berlin wird auf der Basis des bestehenden Orientierungsrahmens sowie eines weiterentwickelten GIS-Systems einen qualifizierten Online-Gewerbemietenservice aufbauen. (S)

**Forderung zum Ziel:** Infrastruktur der Gewerbegebiete verbessern

- **Maßnahmenkonzepte für Gewerbegebiete aufstellen:** Die IHK Berlin fordert eine konzeptionelle und standortkonkrete Neuaufstellung zur Förderung der Infrastruktur von Gewerbegebieten. (P)



### Ziel: Standortkooperationen fördern

#### Maßnahmen zum Ziel: Standortkooperationen fördern

- **Mittendrn Berlin:** Die IHK wird die Umsetzung der Projekte aus dem aktuellen Wettbewerbsdurchgang 2012/13 der Zentreninitiative Mittendrn Berlin betreuen, mit der Standortkooperationen vor allem in Geschäftsstraßen und Stadtzentren befähigt werden, Events und Initiativen zu entwickeln, die sie unverwechselbar machen und die besondere Attraktivität verleihen. (S)
- **City-, Geschäftsstraßen- und Regionalmanagements unterstützen:** Die IHK Berlin wird City-, Geschäftsstraßen- und Regionalmanagements z. B. in Berlin Süd-West, der City West oder Schöneweide, mit ihrem Know-how und ihren Serviceleistungen begleiten. Die IHK wird zudem weitere Standortkooperationen zur Nutzung dieser Förderinstrumente anregen. (S)
- **Geschäftsstraßeninitiativen fördern:** Die IHK wird die Berliner Geschäftsstraßen intensiv betreuen, das Geschäftsstraßenforum jährlich durchführen, einen einheitlichen Winterdienst in Geschäftsstraßen fördern und unterstützen, Hilfe bei Neugründungen von Interessengemeinschaften geben sowie an wichtigen Treffen der Arbeitsgemeinschaften in den Bezirken teilnehmen. (S)
- **Attraktive Stadt und Ortsteilzentren fördern:** Die IHK Berlin wird sich für attraktive Stadt und Ortsteilzentren einsetzen und Unterstützung für Standortkooperationen anbieten, wie Informations-, Weiterbildungs- und Diskussionsveranstaltungen, branchenspezifische Newsletter, Präsenz bei den Unternehmen mit der Initiative IHK vor Ort, Vermittlung von Ansprechpartnern in Behörden und Verbänden oder Moderation von Veranstaltungen, wie der Gründung einer Interessengemeinschaft (S)

#### Forderung zum Ziel: Standortkooperationen fördern

- **Zentrenkonzepte weiterentwickeln:** Die IHK Berlin wird fordern, dass die Zentrenkonzepte der Bezirke für den Handel kontinuierlich weiterentwickelt werden und sich intensiv daran beteiligen. (P)

### Ziel: Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Unternehmen sichern

#### Maßnahme zum Ziel: Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Unternehmen sichern

- **Zweckentfremdungsverbotsverordnung verhindern:** Die IHK setzt sich dafür ein, dass eine ZweckentfremdungsverbotsVO, Milieuschutzsatzungen und ähnliche zusätzliche Regulierungen verhindert werden, um die attraktive Mischung von Wohnen und Gewerbe in der Stadt zu erhalten und weiterzuentwickeln. (P)

#### Forderungen zum Ziel: Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Unternehmen sichern

- **Weiterentwicklung der Berliner Liegenschaftspolitik:** Die IHK fordert, den Liegenschaftsfonds nachzubestücken und den verbliebenen Landesgrundstücken vor Ausschreibungen jeweils die für die Stadt zu priorisierenden Nutzungen zuzuordnen. So kann gewährleistet werden, dass die Liegenschaftspolitik künftig vor allem für den Wohnungsbau, für Investitionen in den Berliner Wirtschaftsklustern und für innovative Unternehmen schnell und effizient geeignete Grundstücke bereitstellen kann. (P)

### Ziel: Verkehrsinfrastrukturprojekte zügig planen und umsetzen

#### Maßnahmen zum Ziel: Verkehrsinfrastrukturprojekte zügig planen und umsetzen

- **Verkehrsverbindungen nach Polen verbessern:** Die IHK wird mit einer Deutsch-Polnischen Verkehrskonferenz insbesondere für den schnellen Ausbau der Eisenbahnstrecken nach Stettin, Breslau und Gorzow sowie für den Wiederaufbau der Usedom-Verbindung über die Karniner Brücke werben. (P)
- **Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans nutzen:** Die IHK wird das Land Berlin dazu drängen, die wichtigsten Ausbaumaßnahmen für den Wirtschaftsstandort Berlin für die „Liste des künftigen vordringlichen Bedarfs“ anzumelden. So können Straßenbauvorhaben auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen umgesetzt werden. (P)
- **Attraktiven Flughafenstandort sichern:** Die IHK wird - beispielweise mit einem fundierten Positionspapier - einfordern, dass so schnell wie möglich Vorbereitungen für Kapazitätserweiterungen des BER getroffen und Engpässe beseitigt werden. Nachdem die Eröffnung des Flughafen wiederholt verschoben wurde, die Nachfrage im Luftverkehr trotzdem kontinuierlich wächst, betrifft das die Terminalkapazität, die Abläufe bei der Passagier- und Flugzeugabfertigung, die Business-Aviation und auch die Verkehrsanbindung mit allen Verkehrsträgern. (P)

#### Forderungen zum Ziel: Verkehrsinfrastrukturprojekte zügig planen und umsetzen

- **Verkehrsinfrastruktur Schiene ausbauen:** Die IHK fordert die Realisierung prioritärer Maßnahmen und wird sich auf allen Ebenen dafür stark machen. Dazu gehören die Realisierung der Dresdner Bahn für den Airportexpress, die Planung für den Ausbau der Nordbahn und die Verbindungen in Richtung Polen und Osteuropa. (P)
- **Berliner Straßennetz und Straßenanbindung erhalten und ausbauen:** Die IHK fordert hartnäckig die Intensivierung der Straßenerhaltung, den Ausbau von P+R-Plätzen und die Umsetzung prioritärer Ausbauprojekte der Straßenverkehrsinfrastruktur, wie A100 (Umsetzung des 16. Und Planung des 17. BA), TVO, B158 Ahrensfelde, BAB-Anschluss Buch/Karow. (P)
- **Fremdfinanzierte Maßnahmen umsetzen:** Die IHK fordert, dass künftig ausreichend qualifiziertes Personal in den planenden und bauenden Bereichen beschäftigt wird, auch um zu verhindern, dass Gelder für den Bau und die Erhaltung von Verkehrsinfrastruktur aus Mangel an Verwaltungspersonal zur Umsetzung zurückgegeben werden müssen. (P)
- **Berliner Wasserstraßen erhalten, sanieren und besser anbinden:** Die IHK fordert u.a. im Mediationsverfahren Landwehrkanal, dass der Landwehrkanal saniert wird und das innerstädtische Netz für die Fahrgastschiffahrt nutzbar ist. (P)
- **Bauverwaltung mit Personal ausstatten:** Die IHK Berlin wird eine ausreichende Ausstattung der planenden und bauenden Bereiche der Berliner Verwaltung mit qualifiziertem Personal fordern, damit Berlin die anstehenden Baumaßnahmen wie auch die Erteilung von Genehmigungen für private Bauvorhaben leisten kann. (P)

### Ziel: Baumaßnahmen verkürzen, koordinieren und besser kommunizieren

**Maßnahmen zum Ziel:** Baumaßnahmen verkürzen, koordinieren und besser kommunizieren

- **Berliner Handlungsleitfaden Baustellenkoordination:** Die IHK wird gemeinsam mit SenStadtUm, den Leitungs- und Verkehrsbetrieben, der VLB und Bezirken einen „Berliner Handlungsleitfaden Baustellenkoordination“ fertigstellen, verabschieden und umsetzen. (P)
- **Runden Tisch Baustellenkoordination fortführen:** Die IHK wird gemeinsam mit SenStadtUm, den Leitungs- und Verkehrsbetrieben sowie der VLB Lösungen erarbeiten, um eine regelmäßige Koordination der Planung von Baumaßnahmen im öffentlichen Raum aufzubauen. (P)
- **Baumaßnahmen der U5 und des Humboldtforums koordinieren.** Die IHK wird sich im Koordinationsgremium zu den Baumaßnahmen der U5 und des Humboldtforums dafür einsetzen, dass Ausweichstrecken erhalten bzw. neu eingerichtet werden und die Auswirkungen auf die Gewerbetreibenden, z.B. im Nikolaiviertel, minimiert werden (P)
- **Betroffene Unternehmen unterstützen:** Die IHK wird vom Baumaßnahmen betroffene Unternehmen durch frühzeitige Information und Einbeziehung in die Planungen mit Hilfe eines GeoInformationssystems, durch Diskussion wichtiger Verfahren in den IHK-Arbeitskreisen und durch Einsatz für die Auszahlung von Überbrückungshilfen an existenzbedrohte Unternehmen im „Ausschuss für Räumungsbetroffene“ unterstützen. (S)

**Forderung zum Ziel:** Baumaßnahmen verkürzen, koordinieren und besser kommunizieren

- **Verkürzung von Bauzeiten nach dem AVUS Modell:** Die IHK fordert, dass das Ausschreibungsverfahren mit Geschwindigkeitsbonus Standard wird, mit dem bei der Sanierung der AVUS eine deutliche Bauzeitverkürzung erreicht wurde. (P)

### Ziel: Städtebauförderung unter Einbeziehung der Wirtschaft verwenden

**Maßnahmen zum Ziel:** Städtebauförderung unter Einbeziehung der Wirtschaft verwenden

- **Mehr Transparenz bei Förderentscheidungen:** Die IHK wird ihre Mitglieder bestmöglich informieren und zur Beteiligung motivieren, etwa bei den Verfügungsfonds aus dem Programm Aktive Zentren. (S)
- **Public Private Partnership:** Die IHK wird den Public Private Partnership-Gedanken vorantreiben, indem PPP als effiziente und wirtschaftliche Alternative zum öffentlichen Eigenbetrieb bei konkreten Projekten, wie der Sanierung und Nachnutzung des ICC fundiert in die Diskussion eingebracht wird. (P)

**Forderung zum Ziel:** Städtebauförderung unter Einbeziehung der Wirtschaft verwenden

- **Begleitendes Gremium zur Städtebauförderung:** Die IHK Berlin wird die Einrichtung eines neuen Begleitgremiums fordern, damit die Wirtschaft künftig früher, intensiver und verbindlicher in Förderentscheidungen des Städtebaus, etwa bei Verfügungsfonds des Programms Aktive Zentren, einbezogen wird. (P)

- **Herausragende Bauten wirtschaftlich betreiben:** Die IHK Berlin wird fordern, dass gerade herausragende Bauten, wie das ICC (als Investorenmodell) oder das Humboldtforum, wirtschaftlich betrieben und so die öffentlichen Haushalte entlastet werden. (P)
- **Private Investitionen unterstützen:** Die IHK Berlin wird fordern, dass durch Fördermaßnahmen private Investitionen im Sinne einer Anschubfinanzierung angeregt und nicht verhindert werden. (P)

### Ziel: Attraktives Wohnen in allen Segmenten ausbauen

**Maßnahmen zum Ziel:** Attraktives Wohnen in allen Segmenten ausbauen

- **Wohnungsstandorte identifizieren:** Im Begleitkreis STEP Wohnen an einer zügigen Identifikation von Wohnungsbaustandorten arbeiten (P)
- **Handlungsempfehlungen für zukünftige Wohnungsbaupolitik erarbeiten:** Die IHK Berlin wird abgestimmt mit den Verbänden der Bau- und Immobilienwirtschaft Maßnahmen entwickeln, die Wohnungsneubau, z.B. auch für AZUBIS und Studierende erleichtern und diese in der Berliner Politik verankern. So wird Stabilität auf dem Berliner Wohnungsmarkt gewährleistet. Dazu gehören eine professionelle Bürokratie und effiziente Genehmigungsprozesse sowie die personelle Stärkung der bauenden und planenden Verwaltung.(P)

**Forderungen zum Ziel:** Attraktives Wohnen in allen Segmenten ausbauen

- Wohnungsneubau: Die IHK Berlin fordert, eine Task Force Wohnungsbau beim Senat zu etablieren und das Thema Attraktives Wohnen in allen Preissegmenten zu forcieren (P)
- Liegenschaftsfonds: Die IHK Berlin fordert schnellere, konzeptorientierte Grundstücksvergaben (P)

### Ziel: Bürgerbeteiligung durch Einbeziehung des Mittelstandes professionalisieren

**Maßnahmen zum Ziel:** Bürgerbeteiligung durch Einbeziehung des Mittelstandes professionalisieren

- **Bauleitplanung:** Die IHK Berlin wird die Interessen der Berliner Wirtschaft in der Bauleitplanung weiterhin erfolgreich vertreten. Dazu gehört z. B.
  - zu allen Verfahren der Bauleitplanung fundiert Stellung nehmen
  - interessierte Unternehmen über jährlich ca. 150 laufende Verfahren zur Bauleitplanung auf der IHK-Internetseite informieren,
  - betroffene Unternehmen mit Hilfe von IHK-MUSIS einbeziehen,
  - aus Planungen resultierende absehbare Probleme eruieren,
  - wichtige laufende Verfahren mit dem IHK-Arbeitskreis diskutieren,
  - für Transparenz in der Bauleitplanung sorgen. (S)
- **Stadtprägende Standorte entwickeln:** Die IHK Berlin wird dafür Sorge tragen, dass die Interessen der Wirtschaft bei der Entwicklung von herausragenden stadtprägenden Standorten, etwa in Tegel, Tempelhof, Heidestraße, Berlin-Buch, Humboldt-Forum/Museumsinsel oder der City West gewahrt werden. Dazu wird die IHK Planung, Bau, Nutzung der Standorte aktiv begleiten, Möglichkeiten der Einbindung der Unternehmen fordern und nutzen. Eine besondere Rolle nehmen dabei die sogenannten Zukunftsorte mit Clusterbezug ein. (P)
- **Baunebenrecht wirtschaftsfreundlich gestalten:** Die IHK Berlin daran mitwirken, nach dem Baurecht auch das Baunebenrecht in Berlin wirtschaftsfreundlich zu gestalten.

Dazu wird die IHK u.a. Forderungen zur Weiterentwicklung von Denkmalschutzrecht, Naturschutzrecht und Straßenrecht im Arbeitskreis und im Ausschuss entwickeln und einen ständigen Dialog zwischen Denkmalpflegern, Eigentümern und Investoren führen. (P)

**Forderungen zum Ziel:** Bürgerbeteiligung durch Einbeziehung des Mittelstandes professionalisieren

- **Moderne Kommunikationskanäle für die Beteiligung nutzen:** Die IHK fordert maximale Transparenz während der gesamten Planungsdauer durch umfangreiche Informationsangebote, die allen Interessierten Zugang zum aktuellen Stand der Planung sowie den bisherigen und noch ausstehenden Partizipationsmöglichkeiten bieten. Durch den Einsatz neuer und moderner Kommunikationskanäle im Internet kann die Verwaltung dies effizient leisten. (P)
- **Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung einrichten:** Die IHK Berlin wird die Einrichtung einer neuen Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung und Partizipation fordern, die als zentrale Instanz alle landesweiten und bezirklichen Partizipationsprozesse anleiten und begleiten soll und vor Beginn von Planung über den Einsatz der geeigneten Beteiligungsverfahren entscheiden soll.
- **Wirtschaftsinteressen an stadtprägenden Standorten vertreten:** Die IHK wird dafür Sorge tragen, dass die Interessen der Wirtschaft bei der Entwicklung von herausragenden stadtprägenden Standorten, etwa in Tegel, Tempelhof, Heidestraße, Berlin-Buch, Humboldt-Forum/Museumsinsel oder der City West gewahrt werden. Eine besondere Rolle nehmen dabei die sogenannten Zukunftsorte mit Clusterbezug ein.

---

**Ziel: Berlin als Smart City koordiniert und gemeinsam voranbringen**

**Maßnahmen zum Ziel:** Berlin als Smart City koordiniert und gemeinsam voranbringen

- **Berlin TXL Urban Tech Republic unterstützen:** Die IHK wird die Berlin TXL Urban Tech Republic und weitere Ansätze unterstützen, die in Zusammenarbeit mit den Berliner Wissenschaftseinrichtungen neue Produkte auf den Gebieten Mobilität, Energie, Recycling und Kommunikation für die Stadt von morgen entwickeln und sich auf diese Weise neue Märkte auf dem Wachstumsmarkt der Zukunft erschließt. (P)
- **Nord-Süd-Initiative verstärkt nutzen:** Die IHK wird verstärkt die Nord-Süd-Initiative nutzen, um den Austausch europäischer Metropolen auf dem Weg zu einem globalen Leitmarkt für Urban Technologies zu intensivieren. Die IHK wird dazu u.a. gemeinsam mit Berlin Partner einen internationalen Workshop für die relevanten Unternehmen vorbereiten. (S)

**Forderung zum Ziel:** Berlin als Smart City koordiniert und gemeinsam voranbringen

- **Berlin als klimagerechte Stadt profilieren:** Die IHK Berlin wird fordern, Berlin als klimagerechte Stadt zu profilieren, um so zukunftsfähige Technologien, Know How und Beschäftigung in Berlin voranzubringen. (P)

**Ziel: Erreichbarkeit der Quartiere durch alle Verkehrsarten sicherstellen und Aufenthaltsqualität verbessern**

**Maßnahmen zum Ziel:** Erreichbarkeit der Quartiere durch alle Verkehrsarten sicherstellen und Aufenthaltsqualität verbessern

- **Lösungsvorschläge für neuralgische Punkte im Verkehrsnetz:** Die IHK wird einen Wettbewerb vorbereiten, in dem Berliner Unternehmen ihre Vorschläge für Problemlösungen an den neuralgischen Punkten einreichen können, die dann in Kooperation mit der Verkehrsverwaltung geprüft und im Erfolgsfall auch tatsächlich umgesetzt werden. (P)
- **Wirtschaftsinteressen in Planungsprozessen vertreten:** Die IHK wird auf allen Ebenen von der Landes- über die Bezirks- bis in die Detailplanung, etwa bei Shared-Space-Plänen oder Begegnungszonen, Umgestaltungen von Straßen und Plätzen, Lärmschutz- und Luftreinhalteplänen die Interessen der Berliner Wirtschaft vertreten. (P)
- **Neue Mobilitätskonzepte unterstützen:** Die IHK wird in ihren Ausschüssen und Arbeitskreisen Lösungen für die Integration neuer Konzepte wie Elektrofahrzeuge, Pedelecs, Segways, Car- und Bike-Sharing-Stationen diskutieren und konstruktiv an Konzepten des Senats und der Bezirke mitarbeiten. Mit einem Gutachten zu internationalen best-practise-Lösungen soll die Umsetzung von innovativen Mobilitätskonzepten in Berlin gefördert werden. Die IHK wird dabei neue Ideen, wie die Nutzung der ÖPNV-Infrastruktur für den nächtlichen Warentransport, genauso diskutieren wie Konzepte zur Sicherung der individuellen Mobilität (z.B. durch Taxis). (P)
- **Zukunftsweisende Tiefgarage Hardenbergplatz:** Die IHK wird sich gemeinsam mit den Anrainern, Politik und Verwaltung dafür einsetzen, dass unter dem Hardenbergplatz eine der modernsten Tiefgaragen errichtet werden kann. (P)
- **Reisebusfreundlichkeit Berlins stärken:** Die IHK wird die Einführung eines Leitsystem für den Reisebusverkehr im touristischen Zentrum anregen, das Behinderungen des Busverkehrs und durch den Busverkehr minimiert. (P)
- **Initiative zu Fahrrad und Handel anstoßen:** Die IHK wird hierzu eine Internetseite erstellen, die Wege aufzeigt, wie die Fahrradfreundlichkeit in Geschäftsstraßen erhöht und damit ein positives Image erreicht werden kann. Die IHK wird in Kooperation u. a. mit dem ADFC die Themen "mobile Fahrradständer" und "AV Sondernutzung" angehen (S)
- **Umgestaltung von Straßen und Plätzen begleiten:** Die IHK Berlin wird in Planungs- und Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen von der Landes- über die Bezirks- bis in die Detailplanung, etwa bei Shared-Space-Plänen oder Begegnungszonen, Umgestaltungen von Straßen und Plätzen, Lärmschutz- und Luftreinhalteplänen Wirtschaftsinteressen vertreten.

**Forderungen zum Ziel:** Erreichbarkeit der Quartiere durch alle Verkehrsarten sicherstellen und Aufenthaltsqualität verbessern

- **Parkraumbewirtschaftung mit Augenmaß gestalten:** Die IHK fordert weiterhin eine wirtschaftsfreundliche und einheitliche Umsetzung in den Bezirken, das Handyparken zu optimieren und bekannter zu machen sowie das Parkleitsystem konsistent auszubauen.(P)

- **Neue Fernbuslinien in den Stadtverkehr integrieren:** Die IHK fordert, dass der ZOB ausgebaut und weitere attraktive Halte- und Parkmöglichkeiten für Reisebusse im Linienverkehr und im Gelegenheitsverkehr geschaffen werden. Dazu müssen die neuen Möglichkeiten der aktuellen Novelle des Personenbeförderungsgesetzes auch in Berlin genutzt werden können. (P)
- **Verkehrsflüsse optimieren:** Die IHK Berlin wird die Optimierung der Signalkoordinierung und Verkehrsflusssteuerung sowohl auf Autobahnen als auch im Hauptstraßennetz, z.B. mit Grünen Wellen, fordern und besonderes Augenmerk auf die Organisation intermodaler Verkehrsknoten, wie den Hauptbahnhof, legen. (P)
- **ÖPNV attraktiver machen:** Die IHK Berlin wird die Umsetzung von Maßnahmen für attraktive, sichere und saubere S- und U-Bahnen fordern, weil sie ein wesentliches Element der Attraktivität Berlins für Bewohner, Besucher und auch Unternehmen sind. (P)

## Aktionsfeld: Haushalt und Wettbewerb

### Ziele im Überblick:

- Ziel: Ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen
- Ziel: Verwaltungsreform als Chance zur Haushaltskonsolidierung nutzen
- Ziel: Investitionsquote erhöhen und doppelt gewinnen (Aufträge für die Wirtschaft, Attraktivität Berlins steigern).
  
- Ziel: Gewerbesteuerbelastung senken
- Ziel: Grundsteuer wirtschaftsfreundlich reformieren
- Ziel: Keine neuen oder höheren Steuern und Abgaben
- Ziel: Steuerpraxis vereinfachen
  
- Ziel: Verstaatlichungen verhindern
- Ziel: Fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen/gemischtwirtschaftlichen und privaten Unternehmen herstellen, wo Wettbewerb (noch) existiert.

### **Ziel: Ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen**

#### **Maßnahmen zum Ziel:** Ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen

- **Aufstellung des Doppelhaushalts 2014/2015 begleiten:** Die IHK wird bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2014/2015 die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandort Berlins im Blick behalten. Dazu gehören die Unterbreitung eigener Entlastungsvorschläge und die Prüfung des Doppelhaushalts auf die Vereinbarkeit mit dem Langfristziel der nachhaltigen Konsolidierung und Aufstellung eines ausgeglichenen Berliner Haushalts in 2016. (P)
- **Debatte um den Länderfinanzausgleich beeinflussen:** Die IHK wird die Diskussion um die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs ab 2020 auf Bundes- und Länderebene verfolgen und sofern eine Positionierung der Wirtschaft von der Politik eingefordert wird, einen eigenen Vorschlag entwickeln und öffentlichkeitswirksam einbringen. (P)

#### **Forderung zum Ziel:** Ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellen

- **Umsetzung der IHK-Vorschläge zur Haushaltsentlastung einfordern:** Die IHK wird weiterhin auf die Umsetzung der Entlastungsvorschläge zur Haushaltskonsolidierung aus dem Positionspapier "Berliner Haushaltspolitik 2020" hinwirken. (P)

### **Ziel: Verwaltungsreform als Chance zur Haushaltskonsolidierung nutzen**

#### **Maßnahmen zum Ziel:** Verwaltungsreform als Chance zur Haushaltskonsolidierung nutzen

- **Haushaltsentlastungseffekte bei Verwaltungsreformen betonen:** Die IHK wird bei Vorschlägen zur Reform der Berliner Verwaltung den Haushaltsentlastungsansatz gegenüber Politik und Verwaltung stärker herausstellen und exemplarisch monetäre Entlastungseffekte benennen. (P)



### Ziel: Investitionsquote erhöhen und doppelt gewinnen (Aufträge für die Wirtschaft, Attraktivität Berlins steigern)

**Maßnahme zum Ziel:** Investitionsquote erhöhen und doppelt gewinnen (Aufträge für die Wirtschaft, Attraktivität Berlins steigern).

- **Erfolge einer klugen Investitionspolitik darstellen:** Die IHK Berlin wird die Auswirkungen einer klugen und wachstumsorientierten Investitionspolitik und das Kosten-Nutzen-Verhältnis zwischen Investitionen und künftigen Steuereinnahmen in einem Positionspapier verdeutlichen. Dabei werden auch Benchmarks von Investitionen und Ausgaben in anderen Bundesländern / Städten einbezogen. (P)

### Ziel: Gewerbesteuerbelastung senken

**Maßnahmen zum Ziel:** Gewerbesteuerbelastung senken

- **Gewerbesteuerinitiative der IHK fortführen:** Dazu gehört eine Aktualisierung/ Weiterentwicklung des IHK-Positionspapiers „Gewerbesteuer als Standortfaktor“ aus dem Jahr 2009 und eine öffentlichkeitswirksame Verbreitung. (P)
- **Reform der Gemeindefinanzen beobachten:** Zugleich wird die IHK die Diskussion um die Reform der Gewerbesteuer auf Bundesebene kritisch begleiten. (P)

### Ziel: Grundsteuer wirtschaftsfreundlich reformieren

**Forderung zum Ziel:** Grundsteuer wirtschaftsfreundlich reformieren

- **Reform der Grundsteuer einfordern:** Die IHK wird versuchen, die derzeit ruhende Diskussion um die Reform der Grundsteuer über den DIHK wieder neu anzufachen. (P)

### Ziel: Keine neuen oder höheren Steuern und Abgaben

**Forderungen zum Ziel:** Keine neuen oder höheren Steuern und Abgaben

- **City-Tax verhindern:** Die IHK Berlin fordert grundsätzlich, die City-Tax nicht einzuführen. Sollte jedoch eine City-Tax eingeführt werden, wird sich die IHK Berlin für eine unbürokratische Umsetzung und die Verwendung der Mittel für Tourismus und Kultur Zwecke stark machen. (P)
- **Vermögensteuer verhindern:** Die IHK wird sich u.a. dafür einsetzen, die Einführung einer Vermögensteuer oder Vermögensabgabe auf Bundesebene zu verhindern. (P)

### Ziel: Steuerpraxis vereinfachen

**Maßnahmen zum Ziel:** Steuerpraxis vereinfachen

- **Elektronische Verfahren begleiten:** Zur Einführung der E-Bilanz und ELStAM wird die IHK weitere Informationsveranstaltungen anbieten, Umsetzungsprobleme sammeln und in Gesprächen mit der Berliner Finanzverwaltung nach Lösungsmöglichkeiten suchen. (P)

- **Zeitnahe Betriebsprüfung anschieben:** Zudem wird die IHK gemeinsam mit der Berliner Finanzverwaltung einen „Leitfaden Zeitnahe Betriebsprüfung“ veröffentlichen und für deren Nutzung in Berlin werben. (P)
- **Austausch mit der Finanzverwaltung ausweiten:** Die IHK wird den Runden Tisch mit der Berliner Finanzverwaltung fortführen und auf weitere Themenfelder neben Betriebsprüfung und Lohnsteuer mit dem Ziel, weitere Verfahrenserleichterungen oder -beschleunigungen zu erreichen, ausweiten. (P)
- **Mitgliederberatung in Rechts- und Steuerfragen kundenorientiert anbieten:** Die IHK bietet Mitgliedsunternehmen und Existenzgründern qualifizierte Erstauskünfte und -beratungen zu rechts- und steuerrechtlichen Fragen rund um das Unternehmen (ca. 25.000 Beratungen im Jahr). Dazu gehören auch Publikationen zu rechts- und steuerrechtlichen Informationsmaterialien. (S)

**Forderung zum Ziel:** Steuerpraxis vereinfachen

- **Steuerreformen forcieren:** Die IHK wird sich auf allen Ebenen für ein wettbewerbsfähiges und wirtschaftsfreundliches Steuerrecht sowie eine unbürokratische und praxisgerechte Steuerpraxis einsetzen. Dazu wird sich die IHK u.a. für eine Reform der Einkommensteuer unter Beseitigung der kalten Progression und der Herstellung eines gerechteren Tarifsystems einsetzen, die Reform der Umsatzsteuer durch eine moderate, gleichmäßige Besteuerung aller Unternehmen mit wenigen Ausnahmen einfordern und auf eine wirtschaftsfreundliche Nachbesserung der Erbschaftsteuerreform drängen. Daneben wird sich die IHK für eine steuerliche Förderung von F&E einsetzen. (P)

**Ziel: Verstaatlichungen verhindern**

**Maßnahmen zum Ziel:** Verstaatlichungen verhindern

- **Grundsatzpapier erarbeiten:** Die IHK wird sich auf Bundesebene für die Erarbeitung eines DIHK-Grundsatzpapiers zum Thema „Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand“ einsetzen und sich an der Erarbeitung beteiligen. (P)
- **Landesbeteiligungen professionell managen:** Die IHK wird die Professionalisierung des Managements der verbleibenden Landesbeteiligungen weiter vorantreiben und eigene Vorschläge zur Effizienzsteigerung unterbreiten. (P)

**Forderungen zum Ziel:** Verstaatlichungen verhindern

- **Wettbewerb in der Daseinsvorsorge einfordern:** Die IHK wird u.a. die zukunftsfähige und wettbewerbsfördernde Ausgestaltung der Berliner Daseinsvorsorge einfordern, insbesondere die weitere Privatisierung von Landesbeteiligungen außerhalb staatlicher Kernverantwortung, wie beispielsweise:
  - die schrittweise Liberalisierung des ÖPNV und eine zeitliche gestaffelte Ausschreibung des S-Bahn- Betriebs,
  - wettbewerbsfähige Wasserpreise durch den Verzicht auf Grundwasserentnahmeentgelt und Landesgewinnanteil sowie ein modernes Tarifsysteem,
  - die Fortführung des Konzessionsmodells im Energiebereich,
  - die Prüfung von Privatisierungsmöglichkeiten und Effizienzsteigerungen bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften oder
  - eine stärkere Öffnung des Wettbewerbs in der Abfallwirtschaft durch Vergabe an private Unternehmen. (P)

- **Rekommunalisierungen verhindern:** Die IHK wird weiterhin die wirtschaftsschädlichen Auswirkungen von Rekommunalisierungen aufzeigen und entsprechenden politischen Planungen entgegenzutreten. (P)

**Ziel: Fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen/gemischtwirtschaftlichen und privaten Unternehmen herstellen, wo Wettbewerb (noch) existiert.**

**Maßnahme zum Ziel:** Fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen/gemischtwirtschaftlichen und privaten Unternehmen herstellen

- **Steuerung der Landesunternehmen verbessern:** Die IHK wird den Umgang Berlins mit seinen Landesunternehmen unter Steuerungsgesichtspunkten beleuchten und entsprechende strategische Vorschläge unterbreiten. (P)

**Forderungen zum Ziel:** Fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen/gemischtwirtschaftlichen und privaten Unternehmen herstellen

- **Steuerliche Ungleichbehandlung beenden:** Die IHK wird weiterhin auf die Aufhebung der steuerlichen Ungleichbehandlung zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft drängen. (P)
- **Transparenz bei gemischtwirtschaftlichen Unternehmen erhöhen:** Die IHK unterstützt die Politik, die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben durch gemischtwirtschaftliche Unternehmen transparenter zu gestalten und dort einzuschränken, wo fairer Wettbewerb mit privaten Unternehmen verhindert wird. (P)
- **Wettbewerb im ÖPNV stärken:** Die IHK fordert, dass die aktuelle Teilnetzausschreibung des Berliner S-Bahnnetzes juristisch und wirtschaftlich einwandfrei durchgeführt wird. Damit soll erreicht werden, dass auch im S-Bahn-Segment echter Wettbewerb einziehen kann, so wie es im Regionalverkehr bereits gelungen ist. (P)
- **Wettbewerb in der Energiewirtschaft sichern:** Dieser garantiert marktfähige Preise, Versorgungssicherheit, Innovation und Klimaschutz. Eine Rekommunalisierung ist dagegen der falsche Weg und birgt Risiken. Die IHK fordert, dass der Senat die Pläne für ein stärkeres Engagement der öffentlichen Hand im Energiemarkt aufgibt und sich im Rahmen der Ausschreibung der Konzessionsverträge für Wettbewerb einsetzt. (P)
- **Wettbewerb in der Abfallwirtschaft sichern:** Eine wettbewerbsmäßig organisierte haushaltsnahe Wertstofffassung ist ökologisch alternativlos, sichert Innovationen und Beschäftigung, garantiert niedrige Entsorgungspreise und schafft verbraucherfreundliche Entsorgungssysteme. Die IHK Berlin fordert deshalb, dass die Entsorgung aller Abfallfraktionen im Wege der Drittbeauftragung ausgeschrieben wird. (P)
- **Kreislaufwirtschaftsgesetz:** Die IHK fordert eine Aufrechterhaltung der gewerblichen Sammlung auch unter den Vorgaben des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes und eine Förderung des ökologischen Wettbewerbs bei der Verwertung. (P)

## Aktionsfeld: Standortfaktor Verwaltung

### Ziele im Überblick:

- Ziel: Servicequalität der Berliner Verwaltung verbessern
- Ziel: Günstige Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Berlin schaffen
- Ziel: Verwaltungsstrukturen bezirksübergreifend angleichen
- Ziel: Bürger-, Ordnungsämter und Justiz modernisieren
- Ziel: Gesetze und Rechtsverordnungen wirtschaftsfreundlich gestalten und effektiven Vollzug gewährleisten
- Ziel: Personalmanagement professionalisieren
- Ziel: Unternehmenssicherheit im Land Berlin erhöhen

<b>Ziel: Servicequalität der Berliner Verwaltung verbessern</b>
-----------------------------------------------------------------

#### Maßnahmen zum Ziel: Servicequalität der Berliner Verwaltung verbessern

- **Verwaltung wirtschaftsfreundlich gestalten:** Die IHK wird auch im bisherigen zweistufigen Verwaltungsaufbau Reformmaßnahmen zu dessen Optimierung vorschlagen, die Durchsetzung einer Dienstleistungsmentalität in allen Bereichen der Verwaltung unterstützen sowie Vorschläge zum Personalmanagement – gerade auch in Reaktion auf die Überalterung der Berliner Verwaltung – unterbreiten. Die IHK wird die geplante, zeitnahe Einführung der elektronischen Aktenführung unterstützen. (P)
- **Modernisierungsprogramm „ServiceStadt Berlin 2016“ begleiten:** Zur Begleitung des Programms „ServiceStadt Berlin 2016“ Berlin wird die IHK die Umsetzung verfolgen, bewerten und in Kooperation mit Politik und Verwaltung auf die Weiterentwicklung der festgelegten Ziele hinwirken. Sie wird die Verwaltung bei dem Vorhaben unterstützen, ein positiver Standortfaktor für Berlin zu werden. (P)

#### Forderung zum Ziel: Servicequalität der Berliner Verwaltung verbessern

- **Nachhaltige Bürokratieentlastung einfordern:** Die Bürokratiekostenbelastung muss gesenkt und Verwaltungsprozesse vereinfacht werden. Dazu wird die IHK darauf drängen E-Government-Angebote auszubauen, um den Bürokratieabbau voranzutreiben. (P)

<b>Ziel: Günstige Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Berlin schaffen</b>
-------------------------------------------------------------------------------------

#### Maßnahme zum Ziel: Günstige Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Berlin schaffen

- **De-Mail einführen:** Um den rechtssicheren Geschäftsverkehr auszubauen, wird die IHK die Berliner Unternehmen über die Chancen und Risiken von „De-Mail“ informieren. Zudem wird die IHK die Grundlage dafür schaffen, dass auch zwischen IHK und Unternehmen diese neue Kommunikationsform genutzt werden kann. (S)

<b>Ziel: Verwaltungsstrukturen bezirksübergreifend angleichen</b>
-------------------------------------------------------------------

#### Forderungen zum Ziel: Verwaltungsstrukturen bezirksübergreifend angleichen

- **Stärkeren Einsatz von „Shared Services“ fordern:** Die IHK Berlin wird auf Landes- und Bezirksebene darauf hinwirken, dass „Shared Services“(bspw. im Gebäudemanagement, in der

Personalverwaltung, in der IT) zentral koordiniert und umgesetzt werden.

- **Organisationsstrukturen vereinheitlichen:** Die IHK Berlin wird sich beim Land Berlin für die berlinweite Angleichung der Geschäftsbereiche in den Bezirksamtern sowie für einheitliche Verfahrensregeln bei der Behandlung gleichgelagerter Fälle einsetzen.

### Ziel: Bürger-, Ordnungsämter und Justiz modernisieren

**Maßnahmen zum Ziel:** Bürger-, Ordnungsämter und Justiz modernisieren.

- **Effizienz des Einheitlichen Ansprechpartners (EA) erhöhen:** Der Einheitliche Ansprechpartner (EA) wird deutlich als One-Stop-Agency bei der SenWTF etabliert. Die IHK wird dazu auf die effiziente und serviceorientierte Ausgestaltung des EA und den Nutzen für die Berliner Wirtschaft hinweisen sowie die EDV-Umsetzung des EA optimieren, wobei das von IHK und HWK entwickelte stärker Starter-Center eingebunden werden soll. (P)
- **Justizverfahren beschleunigen:** Die IHK Berlin wird sich für Maßnahmen zur Beschleunigung von Verfahren beim Landgericht und beim Finanzgericht einsetzen und den Einsatz moderner Informationstechnik anmahnen. (P)
- **Entlastung der Berliner Gerichte:** Die IHK Berlin wird die außergerichtliche Konfliktbeilegung, wie die Mediation, weiter fördern, um damit die Berliner Gerichte zu entlasten. Die von der IHK Berlin initiierte Informationsplattform [www.schlichten-in-berlin.de](http://www.schlichten-in-berlin.de) wird dazu kontinuierlich ausgebaut. Die Schlichtungsstellen der IHK Berlin werden zu einer „Schlichtungsstelle der Berliner Wirtschaft“ reorganisiert. (S)
- **Stärkung der Marke „Law made in Germany“:** Im internationalen Rechtsverkehr wird noch häufig auf das anglo-amerikanische Recht verwiesen. Das deutsche Rechtssystem beinhaltet Vorteile, z.B. in der außergerichtlichen Konfliktbeilegung, die es noch stärker zu bewerben gilt. Die IHK Berlin wird zur Stärkung der deutschen Schiedsgerichtsbarkeit die Zusammenarbeit mit der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. (DIS) intensivieren. (P)

### Ziel: Gesetze und Rechtsverordnungen wirtschaftsfreundlich gestalten und effektiven Vollzug gewährleisten

**Maßnahmen zum Ziel:** Gesetze und Rechtsverordnungen wirtschaftsfreundlich gestalten und effektiven Vollzug gewährleisten

- **Gesetzesvorhaben wirtschaftsorientiert begleiten:** Die IHK wird gesetzgeberische Vorhaben mit Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft kritisch begleiten und eigene Vorschläge für wirtschafts- und vor allem mittelstandsfreundliche Rechtsänderungen und Reformvorhaben erarbeiten sowie deren Umsetzung einfordern. Dazu gehört auch die Unterstützung oder Initiierung von Deregulierungsprozessen und die Schaffung von Rahmenbedingungen für einen funktionierenden, marktwirtschaftlich basierten Wettbewerb. (P)
- **Erlaubnis- und Registrierungsverfahren für Versicherungs- und Finanzanlagenvermittler:** Neben dem Erlaubnis- und Registrierungsverfahren für Versicherungsvermittler (ca. 1.000 Verfahren im Jahr) wird die IHK Berlin ab 2013 auch das gewerberechtliche Registrierungsverfahren für Finanzanlagenvermittler effizient durchführen und zum Erlaubnisverfahren beraten. Die Sachkundeprüfungen für diese beiden Gewerbe können ebenfalls bei der IHK Berlin abgelegt werden. (H)

- **Regulierungsmaßnahmen für die Finanzwirtschaft:** Die IHK wird sich in Abstimmung mit Branchennetzwerken und Unternehmen und gemeinsam mit dem DIHK für die maßvolle Umsetzung von Regulierungsmaßnahmen für die Finanzwirtschaft einsetzen und wettbewerbs-hemmenden Hürden entgegentreten (P)
- **Selbstverwaltungsaufgaben unternehmensfreundlich ausführen:** Die IHK übernimmt eine Reihe hoheitlicher Aufgaben in der Form der Selbstverwaltung und sorgt für eine unternehmensfreundliche Ausführung. Dazu gehören Auskünfte (ca. 11.000 telefonisch Auskünfte im Jahr) und Stellungnahmen (ca. 5.500 im Jahr) zu Handelsregistereintragungen, die Benennung von öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen gegenüber Gerichten, Behörden und Unternehmen (ca. 150 im Jahr), gutachterliche Stellungnahmen im Rahmen von Gewerbeuntersagungsverfahren (über 400 im Jahr) sowie die Auswahl und Benennung ehrenamtlicher Handelsrichter gegenüber dem Landgericht Berlin (ca. 20 im Jahr). (H)
- **Verkaufsoffene Sonntage wirtschafts- und kundenfreundlich festsetzen:** Dazu wird die IHK gemeinsam mit Unternehmen, dem Handelsverband Berlin Brandenburg und visitBerlin die verkaufsoffenen Sonntage für das Jahr 2014 abstimmen und gesetzeskonform begründen sowie ein Monitoring des Berliner Ladenöffnungsgesetzes durchführen. (P)
- **Berechtigte Wirtschaftsinteressen beim Verbraucherschutz berücksichtigen:** Dazu wird die IHK die Einführung eines berlinweit einheitlichen Bewertungssystem der Lebensmittelhygienekontrollen unter Beachtung der Unternehmer- und Verbraucherinteressen kritisch begleiten. Sie wird den DIHK bei der Debatte um ein bundesweit einheitliches Bewertungssystem unterstützen. (P)

**Forderungen zum Ziel:** Gesetze und Rechtsverordnungen wirtschaftsfreundlich gestalten und effektiven Vollzug gewährleisten

- **Vergaberecht und Vergabeverfahren mittelstandsfreundlich ausgestalten:** Die IHK wird sich weiterhin für eine Ausgestaltung des Vergaberechts einsetzen, bei der Transparenz, Mittelstandsfreundlichkeit, Wettbewerb und Leistungsfähigkeit im Vordergrund stehen. Dazu wird die IHK u.a. die wirtschaftsschädliche Wirkung von weiteren vergabefremden Kriterien aufzeigen und eine wirtschaftsfördernde Umsetzung des Berliner Vergaberechtes einfordern. Zugleich wird die IHK weiter für die Vorteile von Präqualifizierungen werben, eine wertvolle Ergänzung wäre hierbei ein GastroManagement-Pass (GMP) nach dem Vorbild Bayerns. (P)
- **Für Unternehmen Datenschutzvorgaben mit Augenmaß einfordern:** Die IHK wird die Diskussion um die Verschärfung des Datenschutzes auf landes-, bundes- und europäischer Ebene kritisch begleiten und auf wirtschaftsfreundliche Umsetzung hinwirken. Dazu gehört u.a. die Forderung nach unternehmensnahen und rechtsklaren Formulierung bei der Reform des Beschäftigtendatenschutzes. (P)

### **Ziel: Personalmanagement professionalisieren**

**Maßnahmen zum Ziel:** Personalmanagement professionalisieren

- **Von Best-Practice zum Personalmanagement lernen:** Die IHK wird die Umsetzung der Vorschläge des IHK-Positionspapiers „Personalmanagement 2020“ vorantreiben. Dazu werden weitere konkrete Maßnahmen (z.B. Initiierung eines Runden Tisches Wirtschaftsverwaltung; Sammlung von Best-Practice-Fällen guter Personalgewinnung bzw. -führung, etc.) geprüft und initiiert. (P)

- **Herausforderungen des demografischen Wandels für Verwaltung analysieren:** Die IHK Berlin wird sich zu der Herausforderung positionieren, wie die Berliner Verwaltung für den demografischen Wandel fit gemacht werden kann. Hierzu wird sie eigene Vorschläge und Überlegungen (auch) zum Personalbedarf der Verwaltung entwickeln. (P)

**Forderung zum Ziel:** Personalmanagement professionalisieren

- **Personalbedarfskonzept einfordern:** Die IHK wird die Aufstellung des Personalbedarfskonzepts für das Land Berlin kritisch begleiten und ggf. abweichende / ergänzende Vorschläge zum Konzept unterbreiten. (P)

<b>Ziel: Unternehmenssicherheit im Land Berlin erhöhen</b>
------------------------------------------------------------

**Maßnahme zum Ziel:** Unternehmenssicherheit im Land Berlin erhöhen

- **Sicherheitspartnerschaft fortführen:** Die Sicherheit des eigenen Unternehmens – intern wie extern – ist für den Erfolg von Unternehmen essentiell. Die IHK wird über die Sicherheitspartnerschaft mit den Berliner Sicherheitsbehörden sich für eine verbesserte Sicherheitslage im Land Berlin einsetzen, auf Sicherheitsprobleme aufmerksam machen und für eine erhöhte Sensibilisierung der Sicherheitsbehörden für unternehmerische Belange werben. (P)

## Aktionsfeld: Arbeitsmarkt und Fachkräfte

### Ziele im Überblick:

#### **Arbeitsmarkt:**

- Ziel: Die Arbeitslosigkeit bis 2017 unter 10 Prozent bringen
- Ziel: Schwarzarbeit durch präventive Maßnahmen zurückdrängen

#### **Fachkräfte:**

- Ziel: Vereinbarkeit Familie und Beruf verbessern
- Ziel: Attraktivität Berlins für Fachkräfte erhöhen und vermarkten
- Ziel: Zuzug ausländischer Fachkräfte erleichtern und unterstützen
- Ziel: Vielfalt unter den Beschäftigten als Chance für die Berliner Wirtschaft nutzen
- Ziel: Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels identifizieren

#### **Aus- und Weiterbildung:**

- Ziel: Qualität der Ausbildung und hochwertige Berufsabschlüsse
- Ziel: Ausbildungsreife durch Steigerung der Schulqualität sicherstellen und umfassende und systematische Berufsorientierung an allen Schulen etablieren
- Ziel: MINT-Bildung in Kita und Schule ausbauen
- Ziel: Bessere Integration durch Bildung erreichen.
- Ziel: Allen Jugendlichen ein passgenaues Angebot zur Ausbildung oder Qualifizierung machen
- Ziel: Qualität des Berufsschulunterrichts durch Berufsschulreform verbessern
- Ziel: Betriebliche Aus- und Weiterbildung attraktiver machen
- Ziel: Bildungssystem durchlässiger gestalten
- Ziel: Zielführende Weiterbildungskultur etablieren
- Ziel: Umsetzung neuer Regelungen beim Berufszugang wirtschaftsfreundlich umsetzen.
- Ziel: Qualifizierte Organisation und Durchführung für Sachkundenachweise sicherstellen.

## Arbeitsmarkt

<b>Ziel: Die Arbeitslosigkeit bis 2017 unter 10 Prozent</b>
-------------------------------------------------------------

**Maßnahmen zum Ziel:** Die Arbeitslosigkeit bis 2017 unter 10 Prozent bringen inklusive der Ziele „Die Qualität der Vermittlung von Arbeitslosen weiter steigern“ sowie „Anteil der Langzeitarbeitslosen drastisch senken“

- **Den Berliner Arbeitsmarkt analysieren und Maßnahmen zur Entlastung des Arbeitsmarktes vorschlagen:** Dazu wird die IHK arbeitsmarktpolitische Maßnahmen des Berliner Senats und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg hinsichtlich ihrer Wirtschaftsfreundlichkeit auf den Prüfstand stellen und durch eigene Vorschläge, beispielsweise aus ihrem Positionspapier „Der Berliner Arbeitsmarkt – Vom Sorgenkind zum Hoffnungsträger“, ergänzen. Sie wird bei Teilqualifizierungen für über 25-Jährige Arbeitslose mit der Arbeitsagentur kooperieren, um in Branchen mit Fachkräftebedarf diese Zielgruppe zu erschließen. (P)
- **Keine Wettbewerbsverzerrung durch öffentlich geförderte Beschäftigung:** Die IHK Berlin wird durch öffentlich geförderte Beschäftigung verursachte Verdrängungseffekte und Wettbewerbsverzerrung auf dem ersten Arbeitsmarkt aufzeigen und dagegen Position beziehen. Um Konkurrenz zur gewerblichen Wirtschaft zu vermeiden, wird die IHK sogenannte Unbedenk-



lichkeitsbescheinigungen zu Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandentschädigung (AGH-MAE) gegenüber den Jobcentern abgeben. Es wird mit 100 Anträgen gerechnet. Gleichzeitig werden die Interessen der Wirtschaft in den Beiräten der Berliner JobCenter vertreten. (P)

- **Einstiege in den Arbeitsmarkt unterstützen:** Die IHK wird die Entwicklung eines Niedriglohnsektors als Chance für Geringqualifizierte unterstützen und die Einführung bzw. Ausweitung von Mindestlöhnen ablehnen. (P)

**Forderungen zum Ziel:** Die Arbeitslosigkeit bis 2017 unter 10 Prozent bringen inklusive der Ziele „Die Qualität der Vermittlung von Arbeitslosen weiter steigern“ sowie „Anteil der Langzeitarbeitslosen drastisch senken“

- **Vorrang für den ersten Arbeitsmarkt:** Die IHK Berlin wird weiterhin die Vermittlung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt anstelle in öffentlich geförderte Beschäftigungsverhältnisse fordern. (P)
- **Eingliederung fokussieren:** Die IHK Berlin wird von der Politik fordern, die Eingliederung von Jugendlichen, älteren Arbeitnehmern sowie Langzeitarbeitslosen verstärkt in den Fokus zu nehmen. (P)
- **Flexibilität am Arbeitsmarkt gewährleisten:** Sie wird die Stärkung eines flexiblen Arbeitsmarktes einfordern und über Beschäftigungsformen wie die Zeitarbeit, die den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern, informieren. Dazu gehört auch, Alternativen zum starren Kündigungsschutz einzufordern. (P)

### **Ziel: Schwarzarbeit durch präventive Maßnahmen zurückdrängen**

**Maßnahmen zum Ziel:** Schwarzarbeit durch präventive Maßnahmen zurückdrängen

- **Schwarzarbeit bekämpfen:** Dazu wird die IHK das öffentliche Bewusstsein für die Folgen von Schwarzarbeit durch entsprechende Maßnahmen schärfen. Sie wird die Politik auf den positiven Zusammenhang zwischen Mindestlöhnen und dem Auftreten von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung hinzuweisen. (P)
- **Brancheninterne Lösungen unterstützen:** Die IHK Berlin wird brancheninterne Lösungen zur Schwarzarbeitsbekämpfung, wie z. B. Baustellenläufer oder Fiskaltaxameter, unterstützen und bekannter machen sowie die Einrichtung einer zentralen Bußgeldstelle zur Ahndung von Schwarzarbeit begleiten. (P)

**Forderungen zum Ziel:** Schwarzarbeit durch präventive Maßnahmen zurückdrängen

- **Schwarzarbeit bekämpfen:** Die IHK Berlin wird die Umsetzung der gemeinsam mit der Handwerkskammer formulierten Vorschläge zur Bekämpfung von Schwarzarbeit gemeinsam mit Verbänden einfordern. (P)
- **Stärkung regulärer Beschäftigung fordern:** Die IHK Berlin wird weiterhin die Senkung der Lohnzusatzkosten einfordern, um die Attraktivität von Schwarzarbeit zu senken. (P)
- **Finanzkontrolle Schwarzarbeit verbessern:** Die IHK Berlin wird die Notwendigkeit der Erhöhung der Finanzkontrolle Schwarzarbeit betonen, um eine engere Kontrolldichte zu ermöglichen. (P)

- **Bekämpfung von Schwarzarbeit im Taxigewerbe:** Die IHK wird die Einführung von manipulationssicheren Online-Taxametern weiter vorantreiben, um einen fairen Wettbewerb und gleichzeitig mehr Qualität beim Taxiangebot zu erreichen. (P)

### Fachkräfte

<b>Ziel: Vereinbarkeit Familie und Beruf verbessern</b>
---------------------------------------------------------

**Maßnahmen zum Ziel:** Vereinbarkeit Familie und Beruf verbessern

- **Familienfreundliche Unternehmenspolitik als Pluspunkt:** Die IHK Berliner wird die Unternehmen für eine familienfreundliche Unternehmenspolitik sensibilisieren, indem insbesondere der Austausch von Unternehmen zum Thema etwa über den Unternehmenstreff "Familie und Beruf" intensiviert wird. (P)
- **Vereinbarkeit als Attraktivitätsmerkmal für Arbeitgeber:** Die IHK Berlin wird die Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Steigerung der Arbeitgeberattraktivität im Wettbewerb um Fachkräfte hervorheben. (P)
- **Vereinbarkeit gestalten:** Die IHK Berlin wird im Berliner Beirat für Familienfragen mitarbeiten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch aus Unternehmenssicht positiv zu gestalten. (P)

**Forderungen zum Ziel:** Vereinbarkeit Familie und Beruf verbessern

- **Betreuungsmöglichkeiten verbessern:** Die IHK Berlin wird quantitativ und qualitativ bessere Betreuungsmöglichkeiten einfordern. (P)
- **Betriebliche Maßnahmen unterstützen:** Die IHK Berlin wird einfordern, dass die Politik das Engagement von Unternehmen, die eigene Initiativen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorantreiben, wie beispielsweise die Gründung von Betriebskindergärten, angemessen würdigt und auch administrativ unterstützt. (P)

<b>Ziel: Attraktivität Berlins für Fachkräfte erhöhen und vermarkten</b>
--------------------------------------------------------------------------

**Maßnahmen zum Ziel:** Attraktivität Berlins für Fachkräfte erhöhen und vermarkten

- **Fachkräftebedarf sichtbar machen:** Die IHK Berlin wird den Fachkräftemonitor als anwenderfreundliches Prognosemodell aktualisieren und weiterentwickeln, mit dem Unternehmen und Fachkräfte sich frühzeitig auf künftige Engpässe einstellen können. (S)
- **Fachkräftebedarf sichern:** Die IHK Berlin wird für Unternehmen und Politik Wege erarbeiten, um den künftigen Fachkräftebedarf der Berliner Wirtschaft zu sichern. (P)

<b>Ziel: Zuzug ausländischer Fachkräfte erleichtern und unterstützen</b>
--------------------------------------------------------------------------

**Maßnahmen zum Ziel:** Zuzug ausländischer Fachkräfte erleichtern und unterstützen

- **Anerkennungsgesetz qualitätsgerecht umsetzen:** Die IHK Berlin wird eine qualitätsgerechte Umsetzung des Anerkennungsgesetzes (IHK-Fosa) weiter voranbringen, um ausländischen Fachkräften den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern.

- **Arbeitsmarktzugang für ausländische Fach- und Führungskräfte erleichtern:** Dazu wird die IHK Berlin über die Erweiterung des Business Immigration Service (BIS) die Zusammenarbeit mit den Berliner Hochschulen pflegen und über die Möglichkeiten ausländischer Hochschulabsolventen in Berlin eine Erwerbstätigkeit zu beginnen, beraten. (S)
- **Green Card-Beratung ausbauen:** Die IHK Berlin wird die Beratung zur Green Card für ausländische Fachkräfte ausbauen. (S)
- **Attraktives Ausländerrecht schaffen:** Die IHK Berlin wird auf Bundesebene für ein für Fachkräfte attraktives Ausländerrecht zu werben, mit dem Migration bedarfsorientiert und flexibel durch ein qualifikationsorientiertes Auswahlverfahren (Punktesystem) gesteuert werden kann. (P)

**Forderung zum Ziel:** Zuzug ausländischer Fachkräfte erleichtern und unterstützen

- **Abschaffung der Vorrangprüfung:** Die IHK Berlin wird die Abkehr von der bisherigen Praxis der Vorrangprüfung bei ausländischen Fachkräften einfordern, um die Einstellung dieser Zuwanderer unbürokratisch und schnell zu ermöglichen. (P)

### **Ziel: Vielfalt unter den Beschäftigten als Chance für die Berliner Wirtschaft nutzen**

**Maßnahmen zum Ziel:** Vielfalt unter den Beschäftigten als Chance für die Berliner Wirtschaft nutzen

- **Chancengleichheit anstreben:** Dazu wird die IHK Berlin Unternehmen noch stärker als bisher mit Hilfe von Beispielen aus der Praxis für Qualifikationen und Potentiale beider Geschlechter sensibilisieren. (P)
- **Vielfältige Belegschaft als Gewinn:** Die IHK Berlin wird Unternehmen die Vorteile eines Diversity Managements und einer Personalpolitik mit dem Ziel einer vielfältigen Belegschaft vermitteln. (P)
- **Karrierechancen von Frauen fördern:** Die IHK Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die Karrierechancen von Frauen befördert werden, u.a. durch die Mitwirkung am Projekt "Mit Equality zum Erfolg" und die Ansprache weiterer Unternehmen zur Zeichnung der Erklärung „Frauen an die Spitze“. (P)
- **Qualifikation als das Einstellungskriterium hervorheben:** Die IHK Berlin wird die Qualifikation von Bewerbern als zentrales Einstellungskriterium betonen und starre Quoten, die diesem Ansatz entgegenstehen, ablehnen. (P)

### **Ziel: Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels identifizieren**

**Maßnahmen zum Ziel:** Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels identifizieren

- **Empfehlungen zur Bewältigung des demografischen Wandels entwickeln:** Die IHK Berlin wird Handlungsempfehlungen zur Bewältigung des demografischen Wandels entwickeln und kommunizieren. Insbesondere wird sie dazu
  - die Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels in Berlin identifizieren und gegenüber der Berliner Wirtschaft und der Politik kommunizieren;

- die Evaluation und ggf. die Anpassung der im Demografiekonzept des Landes formulierten Ziele und Leitprojekte einfordern;
- gemeinsam mit dem IHK-Ehrenamt Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels entwickeln und diese Vorschläge in das Demografiekonzept des Landes einbringen. (P)

### Aus- und Weiterbildung

**Ziel: Qualität der Ausbildung verbessern und hochwertige Fortbildungsabschlüsse sicherstellen**

**Maßnahmen zum Ziel:** Qualität der Ausbildung verbessern und hochwertige Fortbildungsabschlüsse sicherstellen

- **Ausbildungsbetriebe und –verträge hochwertig betreuen:** Die IHK Berlin wird rund 5.600 Ausbildungsbetriebe und 27.000 Ausbildungsverträge betreuen. (H)
- **Prüfungen in der Ausbildung hochwertig durchführen:** Die IHK Berlin wird rund 25.000 Zwischen- und Abschlussprüfungen hochwertig organisieren und rund 900 Prüfungsausschüsse und ihre ehrenamtlichen Prüferinnen und Prüfer betreuen. (H)
- **Weiterbildungsprüfungen am Bedarf der Wirtschaft ausrichten:** Die IHK Berlin wird am Bedarf der Unternehmen orientierte Weiterbildungsprüfungen anbieten. Insgesamt werden voraussichtlich rund 3.300 Fachkräfte an IHK-Weiterbildungsprüfungen teilnehmen. (H)
- **Anzahl der Unternehmensbesuche ausweiten:** Die IHK-Ausbildungsberater werden insgesamt rund 3.000 Betriebe besuchen. Davon entfallen rund 500 Besuche auf bereits aktiv ausbildende Betriebe - rund 100 mehr Besuche als 2012, um die Qualität der Ausbildung weiter zu stärken. (H)
- **Qualität der Ausbildung in der Gremienarbeit forcieren:** Die IHK Berlin wird im Berufsbildungsausschuss (BBA) und im Dialog mit den OSZ-Leitern (OSZ-Leitertreffen) darauf hinwirken, die Qualität der Ausbildung sowie die Kooperation der dualen Partner zu verbessern. (P)
- **Ausbildung in der Immobilienwirtschaft:** Die IHK Berlin wird einen Unternehmerarbeitskreis initiieren, um die Ausbildungsinhalte an die aktuellen Anforderungen der Immobilienwirtschaft anzupassen. (H)

**Ziele: Ausbildungsreife durch Steigerung der Schulqualität sicherstellen und umfassende und systematische Berufsorientierung an allen Schulen etablieren**

**Maßnahmen zu den Zielen:** Ausbildungsreife durch Steigerung der Schulqualität sicherstellen und umfassende und systematische Berufsorientierung an allen Schulen etablieren

- **Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf verbessern:** Dazu wird die IHK Berlin Maßnahmen unterstützen, die eine durchgängige Berufsorientierung von Klasse 7 bis zum Übergang in den Beruf an den Schulen etablieren. (P)
- **Berufsorientierung stärken:** Die IHK Berlin unterstützt das Engagement der Unternehmen bei der Berufsorientierung von Jugendlichen, z.B. durch die Vermittlung von Schülerpraktika,

so dass Schülerinnen und Schüler frühzeitig einen Einblick in die Berufswelt erhalten und gezielt auf eine spätere Ausbildung vorbereitet werden. (S)

- **Schulinspektionen intensivieren:** Die IHK Berlin wird die Beteiligung der Wirtschaft in den Schulinspektionen erhöhen, um die Qualität der Schulen zu erhöhen. (P)
- **Duales Lernen ausbauen:** Die IHK Berlin wird im Rahmen des Projektes Partnerschaft Schule-Betrieb anerkannte Lehrerfortbildungen und Praktika anbieten, um den Lernort Schule für Unternehmen zu öffnen. (S)
- **Berufswahlsiegel einführen:** Die IHK Berlin wird ein Berufswahlsiegel zur Auszeichnung von Schulen mit herausragenden Leistungen in der Berufsorientierung einführen. (S)
- **Weitere Schulpartnerschaften herstellen:** Die IHK Berlin wird weiteren Gymnasien Partnerunternehmen vermitteln. (S)
- **Mehr Wirtschaftswissen in Schulen:** Die IHK Berlin wird allen Schulen den Online-Test „Handelsblatt macht Schule“ (inkl. IHK-Bescheinigung) zur Verfügung stellen, um das Wirtschaftswissen in Schulen durch kostenfreies Lehrmaterial und zu stärken. (S)
- **IHK-Kompetenzcheck weiter ausbauen:** Die IHK Berlin wird allen Schulen einen 90-minütigen Online-Kompetenzcheck im Rahmen der Berufsorientierung zur Verfügung stellen (inkl. IHK-Bescheinigung), so dass für Unternehmen über Schulnoten hinaus die Stärken der Schülerinnen und Schüler transparent werden. (S)

— **Forderungen zu den Zielen:** Ausbildungsreife durch Steigerung der Schulqualität sicherstellen und umfassende und systematische Berufsorientierung an allen Schulen etablieren

- **Mindeststandards in der Berufsorientierung umsetzen:** Die IHK Berlin wird im Landesausschuss für berufliche Bildung (LAB) die Umsetzung der Mindeststandards in der Berufsorientierung in allen Schulen fordern. (P)
- **Vorschulpflicht einführen:** Die IHK Berlin wird von der Politik die Einführung eines verpflichtenden Vorschuljahres fordern, um das Vorbildungsniveau der Kinder bis Schulbeginn anzugleichen. (P)
- **Schulqualität steigern:** Die IHK Berlin wird von der Politik und im Landesschulbeirat (LSB) eine Steigerung der Schulqualität fordern, z.B. durch eine bessere individuelle Förderung von sowohl leistungsschwächeren als auch leistungsstärkeren Schülern. (P)
- **Sprachförderung stärken:** Die IHK Berlin wird die Erhöhung der Wochenstundenzahlen für Sprachförderung für Kinder mit – aber auch ohne Migrationshintergrund – fordern sowie Sprachstandsfeststellungen bereits für Dreijährige, um die Startchancen zu Schulbeginn zu verbessern. (P)

### Ziel: MINT-Bildung in Kita und Schule ausbauen

**Maßnahmen zum Ziel:** MINT-Bildung in Kita und Schule ausbauen

- **Haus der kleinen Forscher-Netzwerk ausbauen:** Dazu wird die IHK Berlin den Ausbau des Haus der kleinen Forscher-Netzwerkes für Kita und die Ausweitung auf Grundschulen

vornehmen, so dass mehr als 1.000 Kitas und mehr als 100 Grundschulen Teil des Projektes werden (S)

- **Pädagogische Fachkräfte für MINT begeistern:** Die IHK Berlin wird die MINT-Konferenz „MINT Mitdenken“ für pädagogische Fachkräfte aus Kita und Grundschule gemeinsam mit der SenBJW durchführen. (P)
- **MINT-Interesse von Schülerinnen und Schülern erhöhen:** Die IHK Berlin wird die naturwissenschaftlichen Kompetenzen und das Interesse an MINT-Fächern von Schülerinnen und Schülern allg. Schulen stärken, indem sie z.B. ein neues Format einer Infotour für Schülerinnen und Schüler der Klassen 9 und 10 zum Berufsfeld Technik etabliert. (S)

**Forderung zum Ziel:** MINT-Bildung in Kita und Schule ausbauen

- **Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung:** Die IHK Berlin wird von der Politik fordern, die akademische Erzieher- bzw. Erzieherinnenausbildung als einen gleichberechtigten Ausbildungsweg zum Erzieherberuf zu etablieren, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. (P)

**Ziel: Bessere Integration durch Bildung erreichen**

**Maßnahmen zum Ziel:** Bessere Integration durch Bildung erreichen

- **Integration unterstützen:** Dazu wird die IHK Berlin in Abstimmung mit dem IHK-Ehrenamt, insbesondere der Arbeitsgruppe der Unternehmerinnen und Unternehmer ausländischer Herkunft, Vorschläge für eine bessere Integration bildungsferner Schichten in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft erarbeiten und im Austausch mit allen Beteiligten darauf hinwirken, dass Bildung als Schlüssel zu mehr Integration und besserer Vermittelbarkeit am Arbeitsmarkt Priorität erhält. (P)
- **Jugendlichen mit Migrationshintergrund gezielt für Berufsbildung interessieren:** Die IHK Berlin wird die zielgruppenspezifische Ansprache von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausbauen und verstetigen. Durch regelmäßig stattfindende Veranstaltungen und Roadshows wird für die berufliche Bildung geworben.
- **Kampagne „Berlins Wirtschaft braucht dich“ ausbauen:** Die IHK Berlin wird neben Aktivitäten für die türkischen Jugendlichen das Spektrum auf arabische Jugendliche erweitern. Die IHK wird die Kampagne „Berlins Wirtschaft braucht dich“ ausbauen den diesbezüglichen Service im Projekt „Passgenaue Vermittlung“ erweitern.
- **Bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse beraten:** Die IHK Berlin wird die IHK-Anerkennungsberatung passgenau fortführen und mit der personenbezogenen Weiterbildungsberatung verzahnen. (S)

**Forderungen zum Ziel:** Bessere Integration durch Bildung erreichen.

- **Integrationspolitik zielgerichtet gestalten:** Die IHK Berlin wird die Gestaltung der Integrationspolitik nach dem Prinzip "Fördern & Fordern" empfehlen, z.B. durch verpflichtende Teilnahme an zielgruppenspezifischen Arbeitsmarktprogrammen wie etwa Sprachförderung oder berufliche Qualifizierung. (P)

- **Landesanererkennungsgesetze auf den Weg bringen:** Die IHK Berlin wird von der Politik fordern, die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse der auf Landesebene geregelten Berufe (z.B. Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher, Ingenieure) zügig voranzutreiben. (P)

**Ziel: Allen Jugendlichen ein passgenaues Angebot zur Ausbildung oder Qualifizierung machen**

**Maßnahmen zum Ziel:** Allen Jugendlichen ein passgenaues Angebot zur Ausbildung oder Qualifizierung machen

- **Nachvermittlungsaktion ausweiten:** Damit Ausbildungsplätze nicht unbesetzt bleiben, erweitert die IHK Berlin ihre Aktivitäten im Bereich der Nachvermittlung/Last-minute-Börse und bezieht Teilnehmer von berufsvorbereitenden Maßnahmen ein.
- **Leistungsbezogenen Angebote für Jugendliche entwickeln:** Die Berliner Wirtschaft unterbreitet zielgruppenadäquate, passgenaue Angebote sowohl den leistungsstarken Jugendlichen (Auslandsaufenthalte, Zusatzqualifikationen, Ausbildungszeitverkürzung, Duales Studium) als auch den leistungsschwachen Jugendlichen (Einstiegsqualifizierung, 2-jährige Berufe, ausbildungsbegleitende Hilfen).
- **Tage der Berufsausbildung ausbauen:** Die IHK Berlin wird in Kooperation mit dem „Institut für Talententwicklung“ neben den etablierten Tagen der Berufsausbildung eine weitere Rekrutierungsveranstaltung etablieren, um Unternehmen noch stärker bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen zu unterstützen.(S)
- **Passgenaue Vermittlung als Marke etablieren:** Die IHK Berlin wird ihren Service der Passgenauen Vermittlung noch stärker auf die Zielgruppe der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie über das Projekt Your Turn auf Studienabbrecher ausrichten. Dabei werden insgesamt rund 1.200 Vermittlungsgespräche geführt. (S)
- **Unternehmen beim Ausbildungsmarketing unterstützen:** Die IHK Berlin wird Unternehmen gezielt beim Ausbildungsmarketing unterstützen, um geeignete Wege zur Azubiakquise darzustellen, z.B. durch die Erstellung eines Leitfadens oder ein Mentoring-Projekt „Groß hilft Klein“. (S)

**Forderungen zum Ziel:** Allen Jugendlichen ein passgenaues Angebot zur Ausbildung oder Qualifizierung machen

- **Verbundkoordinatoren einstellen:** Die IHK Berlin wird von der Politik fordern, betriebliche Verbundkoordinatoren/-innen zu fördern, um insbesondere KMU, die derzeit noch nicht ausbilden, für das Modell der Verbundausbildung zu gewinnen und sie damit bei der Sicherung der eigenen Fachkräfte zu unterstützen. (P)
- **Jugendarbeitslosigkeit senken:** Sie wird von der Politik fordern, das Teilprojekt „Jugend in Arbeit“ des Zukunftsprogramms Berlin-Brandenburg zu forcieren, um in einer konzertierten Aktion die Anreize für (z.B. unversorgte) Jugendliche, eine Ausbildung aufzunehmen, zu verbessern. (P)

- **Motivation und Ausbildungswille von Jugendlichen stärken:** Sie wird von der Politik in der Sonderkommission des Regierenden Bürgermeisters sowie dem LAB fordern, Unternehmen beim Besetzen von Ausbildungsplätzen zu unterstützen, indem z.B. der Ausbildungswille und Motivation von Jugendlichen gestärkt wird. (P)

### Ziel: Qualität des Berufsschulunterrichts durch Berufsschulreform verbessern

**Maßnahme zum Ziel:** Qualität des Berufsschulunterrichts durch Berufsschulreform verbessern

- **Dialog zwischen Betrieb und Schule verbessern:** Die IHK wird den Dialog zwischen Betrieben und Berufsschulen systematisch moderieren, z.B. über Ausbilderarbeitskreise, Vermittlung bei Beschwerden. (H)

**Forderung zum Ziel:** Qualität des Berufsschulunterrichts durch Berufsschulreform verbessern

- **System beruflicher Schulen reformieren:** Die IHK Berlin wird von der Politik fordern, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Reform des Berliner Berufsschulsystems weiter voranzutreiben und sich dabei am „Hamburger“ Vorbild zu orientieren. (P)

### Ziel: Betriebliche Aus- und Weiterbildung attraktiver machen

**Maßnahmen zum Ziel:** Betriebliche Aus- und Weiterbildung attraktiver machen

- **Karrierewege aufzeigen:** Die IHK Berlin wird über eine Neuauflage der Publikation „Karrierewege“ die beruflichen Perspektiven der IHK-Aus- und Weiterbildung vermarkten und durch Medienkooperationen branchenbezogen attraktive Karrierewege aufzeigen. (S)
- **Mobilitätsberatung durchführen:** Die IHK Berlin wird die Mobilität von Auszubildenden unterstützen: Dazu wird die IHK Ansprechpartner für die europaweite Mobilität von Auszubildenden sein und ausländische Delegationen über das deutsche duale Berufsbildungssystem informieren. (S)
- **Kombimodelle umsetzen:** Die IHK Berlin wird den Ausbau von beruflichen und hochschulischen Kombimodellen fördern, für Zusatzqualifikationen während der Erstausbildung, duale Studiengänge informieren und dadurch den beruflichen Bildungsweg aufwerten. (S)
- **Aus- und Weiterbildung verzahnen:** Die IHK Berlin wird eine gemeinsame Bestenehrung von Aus- und Weiterbildung durchführen. (S)
- **Engagement würdigen:** Die IHK Berlin wird die besten Berliner Auszubildenden, die besten Ausbildungsbetriebe sowie die besten Weiterbildungsabsolventen ehren.
- **Prüferkonferenz organisieren:** Die IHK Berlin wird eine Prüferkonferenz und Ehrungen für Teilnehmer, Prüflinge, Prüfer und Partner organisieren (z.B. Weiterbildungsfest) und langjährige Prüferinnen und Prüfer ehren, und fachlich weiterbilden. (S)
- **Dozentenkonferenz durchführen:** Die IHK Berlin wird eine Dozentenkonferenz durchführen und eine hohe Qualität der Marke „IHK. Die Weiterbildung“ sichern und weiter verbessern. (S)



- **Meisterfeier organisieren:** Die IHK Berlin wird eine Meisterfeier der Berliner Wirtschaft mit der Handwerkskammer durchführen. (S)
- **Qualitäts-Zertifikat einführen:** Die IHK Berlin wird sich für ein freiwilliges Qualitäts-Zertifikat für das Gastgewerbe – nach Vorbild des GastroManagementPasses (GMP) in Bayern – einsetzen, das die Beschäftigung von Fachkräften sowie Weiterbildung in diesem Bereich honoriert. (S)

### Ziel: Bildungssystem durchlässiger gestalten

#### Maßnahmen zum Ziel: Bildungssystem durchlässiger gestalten

- **Externenprüfung bewerben:** Die IHK Berlin wird Möglichkeiten, in das berufliche Bildungssystem auch mit einem individuellen Lebenslauf einzusteigen bewerben, wie z.B. das Instrument der Externenprüfung. (S)
- **Durchlässigkeit von dualer und akademischer Ausbildung verbessern:** Die IHK Berlin wird in Kooperation mit einer Hochschule ein Hybridmodell entwickeln, das beruflich Qualifizierten einen zusätzlichen akademischen Abschluss ermöglicht. (S)
- **Studienabbruch zur Chance wenden:** Die IHK Berlin wird im Rahmen des Projektes Your Turn Unternehmen akquirieren und Studienabbrecher beraten und, um deren Einstieg in den beruflichen Bildungsweg zu unterstützen und für Unternehmen eine neue Zielgruppe zu erschließen. (S)
- **Studienberatung für Absolventen der Berufsausbildung:** Die IHK Berlin wird Hochschulen und Universitäten dabei unterstützen, eine Studienberatung für beruflich Qualifizierte aufzubauen. (S)

### Ziel: Zielführende Weiterbildungskultur etablieren

#### Maßnahmen zum Ziel: Zielführende Weiterbildungskultur etablieren

- **Passgenaue Weiterbildungsprodukte:** Die IHK Berlin wird Unternehmen und Arbeitnehmern passgenaue Produkte zur Weiterbildung anbieten: Dazu wird sie mit Lehrgängen, Seminaren und Firmentrainings bedarfsgerecht auf die Anforderungen aus den Unternehmen reagieren. Rund 3.200 Fachkräfte werden IHK-Weiterbildungsangebote wahrnehmen. (S)
- **Weiterbildungsbewusstsein bei Fachkräften stärken:** Die IHK Berlin wird von der Wirtschaft stark nachgefragte Fortbildungsabschlüsse in der Öffentlichkeit durch Werbemaßnahmen bekannter machen. (S)
- **Weiterbildungsbewusstsein bei Unternehmen stärken:** Die IHK Berlin wird vorbildliches Engagement in der Weiterbildung der eigenen Mitarbeiter im Rahmen der Bestenehrung öffentlichkeitswirksam vermarkten. (S)
- **Qualifizierungsberatung für Unternehmen anbieten:** Die IHK Berlin wird Unternehmen eine kompetente unternehmensbezogene Qualifizierungsberatung anbieten und kontinuierlich am Bedarf der Wirtschaft ausgerichtete Weiterbildungsmodule initiieren, wie beispielsweise eine Qualifizierungseinheit für Ausbilder für den Umgang mit Personen mit Migrationshintergrund. (S)

### **Ziel: Umsetzung neuer Regelungen beim Berufszugang wirtschaftsfreundlich umsetzen.**

**Maßnahme zum Ziel:** Umsetzung neuer Regelungen beim Berufszugang wirtschaftsfreundlich umsetzen

- **Regelungen beim Berufszugang kritisch begleiten:** Die IHK Berlin wird sich dafür einsetzen, dass die neuen Regelungen möglichst wirtschaftsfreundlich und unbürokratisch gestaltet werden und keine zu hohen gewerberechtlichen Zugangshürden eingeführt werden. Wie beispielsweise bei Aufstellern von Spielautomaten und Honorarberatern. (P)

### **Ziel: Qualifizierte Organisation und Durchführung für Sachkundenachweise sicherstellen.**

**Maßnahmen zum Ziel:** Qualifizierte Organisation und Durchführung für Sachkundenachweise sicherstellen

- **Prüferqualität sicherstellen:** Die IHK Berlin wird Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Prüferqualität ständig kritischen Beurteilungen unterziehen. Dazu gehört: Das Anforderungsprofil für Prüfer ständig zu überarbeiten, die Vorgaben für fachliche, soziale und methodische Kompetenzen festschreiben, Prüferworkshops im Hinblick auf die Abnahme der mündlichen Prüfung durchführen. (H)
- **Angebot an Sachkundeprüfungen und Unterrichtungen:** Die IHK Berlin wird weiterhin ein umfangreiches Angebot an Sachkundeprüfungen und Unterrichtungen für die Berliner Wirtschaft zur Verfügung stellen.  
Dazu gehören beispielsweise:  
Unterrichtung im Bewachungsgewerbe – 400 Teilnehmer  
Gaststättenunterrichtung – 1.400 Teilnehmer  
Sachkundeprüfungen für Berufskraftfahrer – 720 Teilnehmer  
Sachkundeprüfungen Bewachungsgewerbe – 1.900 Teilnehmer  
Sachkundeprüfungen Finanzanlagenvermittler – 400 Teilnehmer  
Sachkenntnisprüfungen für freiverkäufliche Arzneimittel – 300 Teilnehmer  
Fachkundeprüfungen Gefahrgutbeauftragte – 70 Teilnehmer  
Fachkundeprüfungen Gefahrgutfahrer – 2.200 Teilnehmer  
Fachkundeprüfungen Güterkraftverkehr – 60 Teilnehmer  
Fachkundeprüfungen Handel mit Waffen – 40 Teilnehmer  
Fachkundeprüfungen Krankentransport – 15 Teilnehmer  
Fachkundeprüfungen Omnibusverkehr – 15 Teilnehmer  
Fachkundeprüfungen Taxi-/Mietwagenverkehr – 410 Teilnehmer  
Sachkundeprüfungen Versicherungsvermittler – 630 Teilnehmer. (H)

## Aktionsfeld: Wissenschaft und Technologietransfer

### Ziele im Überblick:

#### **Funktionierende Netzwerke**

- Ziel: Effektive Strukturen für die Kooperation von Wissenschaft und Unternehmen schaffen
- Ziel: Auf bedarfsgerechte Ausgestaltung der Innovationsförderung / Finanzierungshilfen für Hightech-Unternehmen hinwirken
- Ziel: Berliner Zukunftsorte weiter profilieren, Potenzialstandorte nicht vernachlässigen
- Ziel: Technologieorientierte und wissensbasierte Ausgründungen promoten
- Ziel: Industrielle Basis weiter stärken
- Ziel: Industriepolitische Initiativen weiterentwickeln und unternehmensorientiert ergänzen
- Ziel: Forschung für Gesundheit und Gesundheitsversorgung enger verzahnen

#### **Innovationsfähigkeit**

- Ziel: Absolventen der Hochschulen für die Berliner Wirtschaft begeistern und gewinnen
- Ziel: Forschungs- und Entwicklungsleistungen transparent machen und „Kommunikation“ zwischen Wissenschaft und KMU erleichtern.
- Ziel: Innovationsmanagement in der Unternehmensstrategie fest verankern

#### **Unternehmerisches Denken an Hochschulen**

- Ziel: Exzellenz der Hochschulen langfristig sichern
- Ziel: Planungssicherheit und Autonomie für die Hochschulen gewährleisten, dabei Anreize für Praxisorientierung in Forschung und Lehre setzen
- Ziel: Autonomie der außeruniversitären Forschungseinrichtungen erhöhen

### Funktionierende Netzwerke

<b>Ziel: Effektive Strukturen für die Kooperation von Wissenschaft und Unternehmen schaffen</b>
-------------------------------------------------------------------------------------------------

**Maßnahmen zum Ziel:** Effektive Strukturen für die Kooperation von Wissenschaft und Unternehmen schaffen

- **Für bessere Zusammenarbeit für den Berliner Wissens- und Technologietransfer eintreten:** Die IHK Berlin wird die Schnittstellen der Akteure, die sich für den Wissens- und Technologietransfer in Berlin engagieren, überprüfen und Vorschläge für eine effektivere Zusammenarbeit unterbreiten. (S)
- **Engagement in der Transfer-Allianz fortsetzen:** Die IHK Berlin wird sich weiter aktiv in das Aktionsbündnis aus Wissenschaft und Wirtschaft zur Verbesserung des Technologietransfers (Transfer-Allianz) einbringen, neue Projekte sowie Maßnahmen für eine bessere Zusammenarbeit vorschlagen und an ihrer Realisierung mitarbeiten. (S)

### **Ziel: Auf bedarfsgerechte Ausgestaltung der Innovationsförderung / Finanzierungshilfen für Hightech-Unternehmen hinwirken**

**Maßnahme zum Ziel:** Auf bedarfsgerechte Ausgestaltung der Innovationsförderung / Finanzierungshilfen für Hightech-Unternehmen hinwirken

- **Möglichkeiten der Innovationsförderung kommunizieren:** Die IHK Berlin wird die Unternehmen über Themen der Innovationspolitik und -förderung informieren (Internetauftritt, Innovationsnewsletter) und sich im Ausschuss Innovation, Technologie und Industrie intensiv dazu austauschen. (S)

**Forderung zum Ziel:** Auf bedarfsgerechte Ausgestaltung der Innovationsförderung / Finanzierungshilfen für Hightech-Unternehmen hinwirken

- **Entwicklungs- und Innovationsleistungen effektiv fördern:** Zur Steigerung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen in Berlin fordert die IHK Berlin eine effektive Ausgestaltung der Förderung von Entwicklungs- und Innovationsleistungen. (P)

### **Ziel: Berliner Zukunftsorte weiter profilieren, Potenzialstandorte nicht vernachlässigen**

**Maßnahmen zum Ziel:** Berliner Zukunftsorte weiter profilieren, Potenzialstandorte nicht vernachlässigen

- **Entwicklungspotentiale der Zukunftsorte erschließen:** Die IHK Berlin wird sich auf der Grundlage ihres Positionspapiers „Wirtschaft und Wissen: Berliner Industrie- und Innovationsstandorte“ insbesondere für die Entwicklung der Standorte einsetzen, bei denen aus der engen räumlichen Nähe von Wirtschaft und Wissenschaft besondere Potentiale für die Entwicklung resultieren (Adlershof, Buch, City West) oder künftig resultieren werden (Tegel). Sie wird dazu den Status quo vor Ort aktualisieren und gemeinsam mit ansässigen Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen ausarbeiten, wie die Entwicklungspotentiale besser erschlossen werden können und welche Rahmenbedingungen vor Ort hierfür geschaffen werden müssen. Planung, Bau und Nutzung der Standorte wird die IHK aktiv begleiten, hierbei auf die Einbindung der Unternehmen hinwirken und die Profilierung der mit Forschung und Wissenschaft verknüpften Standorte vorantreiben. (P)
- **Maßnahmenkataloge für Potenzialstandorte ausarbeiten:** Die IHK Berlin wird beginnen, gemeinsam mit den ansässigen Unternehmen und Institutionen auch unter Berücksichtigung von Stadtentwicklungsthemen für die industrie- oder wissenschaftsgeprägten Potenzialstandorte konkrete Maßnahmenkataloge zu entwickeln, denn sie sind ebenfalls von großer Bedeutung für die Entwicklung zentraler Berliner Wirtschaftszweige und die Wertschöpfung am Standort. (P)

**Forderungen zum Ziel:** Berliner Zukunftsorte weiter profilieren, Potenzialstandorte nicht vernachlässigen

- **Ressourcen auf die Entwicklung der Zukunftsorte richten:** Die IHK Berlin fordert, dass angesichts der Restriktionen des Landeshaushalts finanzielle und auch personelle Ressourcen seitens des Landes vorrangig auf die Entwicklung und Weiterentwicklung der Zukunftsorte gerichtet werden. Dies darf jedoch nicht zulasten der allgemeinen Wirtschaftsförderung und Bestandspflege gehen.
- **Maßnahmenkataloge für Potenzialstandorte umsetzen:** Die IHK fordert, dass Senat und Bezirke auch im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Potenzialstandorte fokussiert vorge-

hen und die Maßnahmen umsetzen, die aus Sicht der Unternehmen und Institutionen am drängendsten sind.

### **Ziel: Technologieorientierte und wissensbasierte Ausgründungen promoten**

**Maßnahme zum Ziel:** Technologieorientierte und wissensbasierte Ausgründungen fördern

- **Ausgründer aus der Wissenschaft unterstützen:** Die IHK Berlin wird intensiver mit den Transferstellen der Berliner Hochschulen zusammenarbeiten und die Unterstützungsangebote der IHK der Zielgruppe der Ausgründer besser zugänglich machen. (S)

**Forderung zum Ziel:** Technologieorientierte und wissensbasierte Ausgründungen fördern.

- **Umsetzung der formulierten Handlungsempfehlungen einfordern:** Zur Intensivierung dieser Form des Wissens- und Technologietransfers fordert die IHK Berlin die Umsetzung der von ihr formulierten Handlungsempfehlungen zur Förderung des Ausgründungsgeschehens an den Berliner Hochschulen. (S)

### **Ziel: Industrielle Basis weiter stärken**

**Maßnahmen zum Ziel:** Industrielle Basis weiter stärken

- **Neue Impulse für die Berliner Industriepolitik entwickeln:** In einer Veranstaltungsreihe „Zukunftswerkstätten“ wird die IHK Berlin gemeinsam mit Industrieunternehmen und Experten neue Impulse für die Berliner Industriepolitik entwickeln und die Vernetzung der Branche zu stärken. (P)
- **Aktuelle Industriepolitik begleiten:** Darüber hinaus wird die IHK Berlin aktuelle industriepolitische Themen begleiten und bewerten. (P)
- **Industrieunternehmen gezielt über Angebote am Standort informieren:** Die IHK Berlin wird alle für die Berliner Industrie relevanten Informationen über verschiedene Kanäle an die Unternehmen kommunizieren (über den Newsletter Industrie, Beiträgen auf der Branchenseite und in der Berliner Wirtschaft sowie über Telefonauskünfte). (S)
- **Industriestandort Berlin weiter intensiv vermarkten:** Die IHK Berlin wird sich weiter an einer intensiveren Vermarktung des Industriestandortes Berlin beteiligen. Sie wird nicht nur die Industriekampagne in ihrer Fortführung unterstützen, sondern selbst Erfolgsgeschichten der Berliner Industrie der Öffentlichkeit vorstellen, u. a. über Unternehmensbesuche, BW-Artikel etc. (S)

### **Ziel: Industriepolitische Initiativen weiterentwickeln und unternehmensorientiert ergänzen**

**Maßnahmen zum Ziel:** Industriepolitische Initiativen weiterentwickeln und unternehmensorientiert ergänzen

- **Industriepolitische Strategien stärker in Berliner Cluster- und Innovationspolitik integrieren:** Die IHK Berlin wird die Kompetenzen und Schwerpunkte der Berliner Industrie analysieren und Handlungsempfehlungen erarbeiten, wie die industriepolitischen Strategien und Projekte stärker in die Berliner Cluster- und Innovationspolitik integriert werden können. (P)

- **Masterplan Industriestadt Berlin fortschreiben:** Die IHK Berlin wird sich in die Evaluation und Fortschreibung des Masterplans Industriestadt Berlin 2010 bis 2020 einbringen und Anstöße geben, wie Berliner Industrieunternehmen an Maßnahmenumsetzung stärker beteiligt werden können. (P)
- **Leuchtturmprojekte im Rahmen des SKIP umsetzen:** Die IHK Berlin wird gemeinsam mit den Partnern des Steuerungskreises Industriepolitik ressortübergreifende Leuchtturmprojekte, insbesondere in den Bereichen Fachkräftesicherung, Wissenstransfer und Vermarktung des Industriestandorts Berlin, weiter umsetzen. (P)

**Forderungen zum Ziel:** Industriepolitische Initiativen weiterentwickeln und unternehmensorientiert ergänzen

- **Prozesse und Gremien in der Industriepolitik besser abstimmen:** Die IHK Berlin fordert eine bessere Abstimmung der laufenden Prozesse in der Industriepolitik sowie der bestehenden Gremien. Es bedarf einer besseren Koordination und Steuerung der Maßnahmen, die von verschiedenen Akteuren umgesetzt wird, vor allem innerhalb des Masterplans Industriestadt Berlin 2010 bis 2020. (P)
- **Stärkere Praxisorientierung der industriepolitischen Maßnahmen:** Die IHK Berlin fordert eine stärkere Praxisorientierung der industriepolitischen Maßnahmen und die höhere Beteiligung Berliner Industrieunternehmen an der Umsetzung. (P)

### Ziel: Forschung für Gesundheit und Gesundheitsversorgung enger verzahnen

**Maßnahme zum Ziel:** Medizinische Forschung und Gesundheitsversorgung enger verzahnen

- **Konzept für die Gesundheitsversorgung und Forschung für Gesundheit in Berlin weiterentwickeln und umsetzen:** Vor dem Hintergrund der Kooperation von Charité und Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin (MDC) wird die IHK Berlin das bisherige Konzept "Charité und Vivantes eine gemeinsame Zukunft geben" unter Einbezug des Deutschen Herzzentrums Berlin und des MDCs weiterentwickeln. Sie wird das Konzept mit den politischen Entscheidungsträgern diskutieren und den Umsetzungsprozess begleiten. (P)

**Forderung zum Ziel:** Forschung für Gesundheit und Gesundheitsversorgung enger verzahnen

- **Gesundheitsversorgung und Forschung für Gesundheit in Berlin effizient aufstellen:** Die IHK fordert, dass die begrenzten öffentlichen Investitionsmittel Berlins für die Gesundheitsforschung und -versorgung effizient eingesetzt, die exzellente Forschung zum Wohl des Patienten nutzbar und umgekehrt, die hohen Praxiserfahrungen der Kliniken für die Forschung zugänglich gemacht werden. (P)

## Innovationsfähigkeit

### Ziel: Absolventen der Hochschulen für die Berliner Wirtschaft begeistern und gewinnen

**Maßnahmen zum Ziel:** Hochschulabsolventen für die Berliner Wirtschaft gewinnen

- **Für Zusammenarbeit mit den Hochschulen werben:** Die IHK Berlin wird die im Leitfaden „Praxistipps zur akademischen Fachkräftesicherung vorgestellten unterschiedlichen Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Hochschulen in Veranstaltungen und in der Öffentlichkeitsar-

beit veranschaulichen und bewerben sowie Unternehmen hinsichtlich der Auswahl einer geeigneten Kooperationsform und Hochschule beraten. (S)

- **Mittelständische Unternehmen dabei unterstützen, sich als attraktiver Arbeitgeber zu präsentieren:** Die IHK Berlin wird ein Konzept entwickeln, das mittelständische Unternehmen unterstützt, sich Studierenden und Absolventen von Berliner Hochschulen als attraktive Arbeitgeber und Partner zu präsentieren und bekannt zu machen. Innerhalb des Masterplans Industriestadt Berlin 2010 bis 2020 wird sie unter dem Titel „Karriere in der Berliner Industrie“ gemeinsam mit den Partnern Möglichkeiten schaffen, mittels derer sich Berliner Unternehmen (vor allem aus der Industrie) als attraktive Arbeitgeber vorstellen und Fachkräfte über Jobchancen und Karrierewege informieren können. (S)
- **Qualitätssicherungskonzept für Praktika erarbeiten:** Gemeinsam mit Unternehmen und Hochschulen wird die IHK Berlin ein Qualitätssicherungskonzept für Praktika erarbeiten auf qualitativ hochwertige Unternehmenspraktika hinwirken und das Konzept gegenüber Hochschulen bzw. Studierenden kommunizieren. (S)

**Ziel: Forschungs- und Entwicklungsleistungen transparent machen und „Kommunikation“ zwischen Wissenschaft und KMU erleichtern**

**Maßnahmen zum Ziel:** Forschungs- und Entwicklungsleistungen transparent machen und „Kommunikation“ zwischen Wissenschaft und KMU erleichtern

- **Kooperationsplattform schaffen:** Die IHK Berlin wird sich in der Vermittlung von Kooperationspartnern engagieren und gemeinsam mit weiteren Akteuren eine Online-Begegnungsplattform für Wissenschaft und Wirtschaft schaffen. Diese Plattform wird:
  - ein umfangreiches Informationsangebot rund um die Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft – z. B. auch für die Erschließung von Finanzierungsmöglichkeiten – integrieren und dabei auch verstärkt Social-Media-Kanäle einbinden;
  - die Leistungen beider Seiten in Forschung und Entwicklung transparent machen und als Börse für Kooperationsangebote und –gesuche fungieren. Die IHK Berlin wird beispielsweise ihre Initiative „IHK vor Ort“ dafür nutzen, solche Kooperationswünsche zu ermitteln;
  - mit „niedrigschwelligen“ Angebote dabei helfen, noch vorhandene Hürden in der Kooperation von Wissenschaft und Unternehmen abzubauen. (S)
- **Formate der Begegnung schaffen, Best Practices kommunizieren:** Die IHK Berlin wird zur Bewerbung der Plattform Veranstaltungen zur Begegnung von Wissenschaft und Wirtschaft durchführen, in denen Best Practices der Kooperation von Forschungseinrichtungen und KMU aus Berlin vorgestellt werden, um Wege für einen erfolgreichen Wissens- und Technologietransfer aufzuzeigen. Flankierend wird in den IHK-Medien über Best-Practices berichtet. (S)

**Ziel: Innovationsmanagement in der Unternehmensstrategie fest verankern**

**Maßnahmen zum Ziel:** Innovationsmanagement in der Unternehmensstrategie fest verankern

- **Berliner Unternehmen bei der Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit unterstützen:** Die IHK Berlin wird die Berliner Unternehmen bei der Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit unterstützen, indem sie gezielte Informationen zu den Themen Innovations-, Wissens- und Qualitätsmanagement sowie das Betriebliche Gesundheitsmanagement in unterschiedlichen Formaten anbietet und Unternehmen diesbezüglich berät. (S)
- **Qualitätstag ausrichten:** Die IHK Berlin wird im Jahr 2013 federführend den von der Qualitätsinitiative Berlin-Brandenburg getragenen Qualitätstag ausrichten. (S)

- **Arbeitskreis Wissensmanagement weiter profilieren:** Zur Stärkung des Wissensvorsprungs als unternehmerischen Wettbewerbsfaktor wird die IHK Berlin den IHK-Arbeitskreis Wissensmanagement weiter profilieren. (S)
- **Mitarbeiterorientierte Unternehmensführung besser verankern:** Um das Thema ‚Mitarbeiterorientierte Unternehmensführung‘ besser in der Unternehmerschaft zu verankern wird die IHK Berlin eine neue Staffel des Wettbewerbs „Potenzial Mitarbeiter – Unternehmen machen Zukunft“ starten. (S)
- **Serviceangebote in den Bereichen Schutzrechte und CE-Kennzeichnung ausbauen:** Die IHK Berlin wird zum Thema Schutzrechte zur Erstinformation gemeinsam mit Partnern eine „Patentsprechstunde“ anbieten und Informationen in einem „Leitfaden“ publizieren. Auch im Bereich CE-Kennzeichnung wird die IHK Berlin ihr Informationsangebot ausbauen. (S)

### Unternehmerisches Denken an Hochschulen

<b>Ziel: Exzellenz der Hochschulen langfristig sichern</b>
------------------------------------------------------------

**Forderung zum Ziel:** Exzellenz der Hochschulen langfristig sichern

- **Arbeit der Einstein-Stiftung und des IFAF verstetigen und Wirtschaft einbeziehen:** Die IHK Berlin fordert, dass die Arbeit der Einstein-Stiftung und des Instituts für angewandte Forschung durch langfristige Finanzierungszusagen verstetigt wird und dass in noch stärkerem Maße Unternehmensvertreter einbezogen werden, um mehr Transferprojekte zu ermöglichen. (P)

<b>Ziel: Planungssicherheit und Autonomie für die Hochschulen gewährleisten, dabei Anreize für Praxisorientierung in Forschung und Lehre setzen</b>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

**Maßnahme zum Ziel:** Planungssicherheit und Autonomie für die Hochschulen gewährleisten, dabei Anreize für Praxisorientierung in Forschung und Lehre setzen

- **Kriterienkatalog für die Hochschulverträge erarbeiten:** Die IHK Berlin wird für die Aushandlung der neuen Hochschulverträge 2014 bis 2017 einen an „Wettbewerb“ und „Autonomie“ orientierten Kriterienkatalog für die Finanzierung der Berliner Hochschulen vorlegen, der auch die Orientierung der Forschung an den Bedarfen fördert und insbesondere ihre Funktion bei der Ausbildung akademischen Nachwuchses für die Berliner Wirtschaft sowie bei der Bereitstellung von Wissen / Forschungsergebnissen zum Transfer in die unternehmerische Praxis sichert. (P)

**Forderungen zum Ziel:** Planungssicherheit und Autonomie für die Hochschulen gewährleisten, dabei Anreize für Praxisorientierung in Forschung und Lehre setzen

- **Hochschulverträge als effektives Steuerungsinstrument für Exzellenz und Wissenstransfer nutzen:** Um den Standortfaktor Wissenschaft zu erhalten und für die Berliner Wirtschaft besser nutzbar zu machen fordert die IHK Berlin, dass die neuen Hochschulverträge die Exzellenz der Hochschulen, ihre Funktion bei der Ausbildung des akademischen Nachwuchses sowie bei der Bereitstellung von Forschungsergebnissen zum Transfer in die unternehmerische Praxis sichern. (P)



- **Nicht zu kleinteilige Ziele formulieren:** Die IHK Berlin fordert, nicht zu kleinteilige Ziele zu formulieren, damit die Hochschulverträge einerseits ihrer Funktion als Steuerungsinstrument gerecht werden, sie andererseits die Autonomie der Hochschulen nicht beschneiden. (P)
- **Career Services ausreichend finanzieren:** Die Career Service Center haben sich als leistungsfähige und verlässliche Partner der Wirtschaft bewährt. Aus diesem Grund fordert die IHK Berlin, ihre Finanzierung unabhängig von Förderprogrammen zu sichern und möglichst auszubauen. (P)
- **Forschungsinfrastruktur in den MINT-Disziplinen ausbauen:** Angesichts des sich verschärfenden Fachkräfteproblems fordert die IHK Berlin, dass verstärkt Anreize zur Verbesserung der Forschungsinfrastruktur in den MINT-Disziplinen gesetzt werden, da hier die Absolventenzahl stark zunehmen muss. (P)
- **Entrepreneurship in den Curricula der Berliner Hochschulen nachhaltig verankern:** Die IHK Berlin wird fordern, dass Entrepreneurship in den Curricula der Berliner Hochschulen nachhaltig verankert wird. (P)
- **Anreize für Kooperationen mit der Wirtschaft setzen:** Die IHK Berlin fordert, die Indikatoren für die leistungsorientierte Finanzierung zu erweitern und neben den Drittmittelausgaben auch die erfolgreichen Transferaktivitäten der Hochschulen mit der Wirtschaft abzubilden, damit hier ein zusätzlicher Anreiz für die Hochschulen geschaffen wird. (P)

<b>Ziel: Autonomie der außeruniversitären Forschungseinrichtungen erhöhen</b>
-------------------------------------------------------------------------------

**Forderung zum Ziel:** Autonomie der außeruniversitären Forschungseinrichtungen erhöhen

- **Wissenschaftsfreiheitsgesetz umsetzen:** Um den außeruniversitären Forschungseinrichtungen größere Autonomie einzuräumen und schnellere Reaktions- und Steuerungsfähigkeit zu ermöglichen fordert die IHK Berlin, das im Oktober 2012 von Bundestag beschlossene „Gesetz zur Flexibilisierung von haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen außeruniversitärer Wissenschaftseinrichtungen“ in Berlin umgehend umzusetzen. (P)

## Aktionsfeld: Umwelt und Ressourcen

### Ziele im Überblick:

Ziel: „Road Map Green Economy“ mit konkreten Projektvorschlägen für Politik und Wirtschaft entwickeln

Ziel: Modellprojekte zur Green Economy und zum Klimaschutz aus der Unternehmerschaft initiieren und begleiten

Ziel: Klimapolitischen Forderungskatalog der Berliner Wirtschaft entwickeln

Ziel: Energiepolitische Strategie für Berlin im Schulterschluss mit der Wirtschaft formulieren

Ziel: Zusätzliche Unternehmen für konkrete Energie- und Ressourceneffizienzprojekte gewinnen

Ziel: Themenspezifische Unterstützungsangebote ausbauen

**Ziel: „Road Map Green Economy“ mit konkreten Projektvorschlägen für Politik und Wirtschaft entwickeln**

**Maßnahmen zum Ziel:** „Road Map Green Economy“ mit konkreten Projektvorschlägen für Politik und Wirtschaft entwickeln

- **Handlungsfeldkonferenzen Green Economy durchführen:** Die IHK wird die Institutionen der Wirtschaftsförderung bei der Durchführung von Handlungsfeldkonferenzen zum Aufbau einer Clusters Green Economy unterstützen. (P)

**Forderungen zum Ziel:** „Road Map Green Economy“ mit konkreten Projektvorschlägen für Politik und Wirtschaft entwickeln

- **Task Force Green Economy schaffen:** Die IHK fordert, dass der Senat den Wirtschaftsbereich "Green Economy" zum Schwerpunkt seiner innovations- und wirtschaftspolitischen Strategie macht, z. B. durch eine Aufnahme in die Arbeit des Steuerungskreises Industriepolitik beim Regierenden Bürgermeister. Die Einrichtung einer „Task Force Green Economy“ kann hierzu ein erster wichtiger Schritt sein. (P)
- **Cluster Green Economy etablieren:** Die IHK fordert, dass ein forschungs- und innovationsstarker Cluster "Green Economy" eingerichtet wird, der auf den Stärken des bisherigen Clusters Energietechnik aufbaut, diesen um wesentliche Handlungsfelder der Green Economy erweitert und dabei insbesondere auf Schnittstellen zu anderen Technologiefeldern achtet. (P)

**Ziel: Modellprojekte zur Green Economy und zum Klimaschutz aus der Unternehmerschaft initiieren und begleiten**

**Maßnahmen zum Ziel:** Modellprojekte zur Green Economy und zum Klimaschutz aus der Unternehmerschaft initiieren und begleiten

- **Technologische Basis der Green Economy stärken:** Die IHK Berlin wird ihre Angebote für Unternehmen der Green Economy weiterentwickeln, sie in ihrem Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens und bei der Stärkung ihrer technologischen Leistungsfähigkeit unterstützen.

- **Angebote im Bereich Umwelttechnik erweitern:** Die IHK Berlin wird ihre Angebote im Bereich Umwelttechnik, wie die Veranstaltungsreihe „Innovationsmotor Green Economy“ oder den „Tag der Energiewirtschaft“ mit der TSB in den drei Schwerpunkten:
  - Entwicklung umweltschonender Produkte
  - Transfer von Forschungsergebnisse in der Green Economy in die Praxis
  - Matching von Anbietern und Nachfragern von Umweltinnovationen
  - weiter ausbauen und Unternehmen in diesem Bereich eine Plattform bieten.
- **UMFIS fortführen und ausbauen (I):** Die IHK wird als Sprecherin der Koordinierungsstelle für das IHK-Umweltfirmeninformationssystem UMFIS federführend an der technischen Weiterentwicklung sowie an einer tragfähigen Finanzierung der Datenbank mitwirken. (S)
- **UMFIS fortführen und ausbauen (II):** Die IHK wird Marketingaktivitäten initiieren, die auch technische Verbesserungen der UMFIS-Datenbank beinhalten, um Unternehmen die Geschäftsanbahnung zu erleichtern und Analysen im deutschen Umweltmarkt für Externe zu ermöglichen. (S)

<b>Ziel: Klimapolitischen Forderungskatalog der Berliner Wirtschaft entwickeln</b>
------------------------------------------------------------------------------------

**Maßnahmen zum Ziel:** Klimapolitischen Forderungskatalog der Berliner Wirtschaft entwickeln

- **Initiative Berliner „Masterplan Energie“ starten:** Die IHK wird eine Initiative für einen Berliner „Masterplan Energie“ starten, der Wirtschaftsakteure aus der Stadt für die Umsetzung der Energiewende in Berlin gewinnt und neue Projekte anstößt. (P)
- **Politische Positionen zur Bewältigung der Energiewende fortschreiben:** Die IHK wird ihre energiepolitischen Positionen fortschreiben und sich im Ausschuss Umwelt und Energie intensiv dazu austauschen. (P)
- **Naturschutz für Unternehmen transparent machen:** Die IHK wird noch mehr Unternehmen für Naturschutz- und Umweltbelange sensibilisieren, beispielsweise indem sie Handlungsanleitungen des Senats für die Umsetzung seiner Naturschutzpläne transparent macht. (S)
- **Klimaschutzmaßnahmen von Unternehmen fördern:** Die IHK wird mit einem breiten Serviceangebot sowie konkreten Aktionsbündnissen Unternehmen darin unterstützen, Klimaschutzmaßnahmen und Anpassungsmaßnahmen gegen den Klimawandel umzusetzen und im Rahmen dieser Kooperationen ihre klimapolitischen Forderungen schärfen. (S)(P)

**Forderungen zum Ziel:** Klimapolitischen Forderungskatalog der Berliner Wirtschaft entwickeln

- **Strategie Stadtlandschaft mit Unternehmen gestalten:** Die IHK fordert, Unternehmen bei der konkreten Umsetzung und Ausgestaltung der Strategie Stadtlandschaft einzubinden. (P)
- **Dialog zum Klimawandel zwischen Politik und Wirtschaft intensivieren:** Die IHK fordert, dass Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel und Empfehlungen zu seiner Bewältigung aus der neuen stadtpolitischen Querschnittsaufgabe "Stadtentwicklungsplan Klima" im Dialog mit der Wirtschaft diskutiert und fortgeführt werden. (P)
- **Übergangsfristen für Investitionen fordern:** Die IHK wird bei Gesetzgebungsverfahren im Umweltbereich fordern, dass Unternehmen ausreichende Übergangsfristen für eventuell notwendige Investitionen erhalten. (P)

- **Öffentliche Hand in die Pflicht nehmen:** Die IHK wird eine glaubwürdige Vorreiterrolle der öffentlichen Hand in allen umwelt- und energiepolitischen Feldern fordern. (P)
- **Auf widerspruchsfreie Gesetzesvorgaben achten:** Die IHK wird bei Gesetzgebungsverfahren die Konsistenz von Vorgaben aus unterschiedlichen umweltpolitischen Feldern und auch aus unterschiedlichen Rechtsbereichen fordern. (P)
- **Wirtschaftlichkeit bei Energieeffizienzvorgaben fordern:** Die IHK wird fordern, dass gesetzliche Energieeffizienzvorgaben keine unwirtschaftlichen Anforderungen an die Unternehmen stellen. (P)
- **Innovationen und Modellvorhaben fördern:** Die IHK wird sich dafür einsetzen, dass die Verwaltung sich innovativen Ansätze zur nachhaltigen Energieversorgung in Berlin nicht verschließt, sondern aktiv Modellvorhaben fördert. (P)

**Ziel: Energiepolitische Strategie für Berlin im Schulterschluss mit der Wirtschaft formulieren**

**Maßnahmen zum Ziel:** Energiepolitische Strategie für Berlin im Schulterschluss mit der Wirtschaft formulieren

- **Beteiligung an Fachgremien fortführen:** Die IHK wird ihre Mitarbeit in den wesentlichen Fachgremien fortsetzen, z.B. Berliner Klimaschutzrat, Beirat Cluster Energietechnik usw. (P)
- **Förderung für Berliner Unternehmen sichern:** Die IHK wird sicherstellen, dass die Berliner Wirtschaft und insbesondere KMU in stärkerem Maße als bisher von bestehenden Fördersystemen profitieren (z.B. Fortsetzung EFRE-Förderung in Berlin, Nachfolge des UEP II). (P)
- **Energiewendegesetz technologieoffen, verlässlich und wirtschaftlich gestalten:** Die IHK wird sich dafür einsetzen, dass ein möglicher neuer Anlauf für ein Klimaschutz- oder Energiewendegesetz sich an den Maßgaben Technologieoffenheit, Langfristigkeit und Wirtschaftlichkeit orientiert. Der von der IHK gemeinsam mit dem BUND und dem Berliner Mieterverein vorgelegte eigene Vorschlag für ein Stufenmodell kann dabei hilfreiche Grundlage sein. Einseitige Investitionsverpflichtungen für bestimmte Gruppen oder in bestimmte Technologien im Gebäudebereich sind zu vermeiden. (P)
- **Mittelstandsinitiative Energiewende unterstützen:** Die IHK wird die gemeinsam zwischen DIHK, ZDH BMWi und BMU vereinbarte „Mittelstandsinitiative Energiewende“ in Berlin mit den dazugehörigen Unterstützungsangeboten umsetzen. (S)

**Forderung zum Ziel:** Energiepolitische Strategie für Berlin im Schulterschluss mit der Wirtschaft formulieren

- **PPP für Klimaziele einsetzen:** Die IHK wird den Einsatz öffentlich-privater Partnerschaften (PPP) bei der Erfüllung der Berliner Klimaziele fordern, denn wo die öffentliche Hand selbst keine Lösungen bereit stellt, sollte sie auf das Know-how Privater zurückgreifen. (P)

<b>Ziel: Zusätzliche Unternehmen für konkrete Energie- und Ressourceneffizienzprojekte gewinnen</b>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------

**Maßnahmen zum Ziel:** Zusätzliche Unternehmen für konkrete Effizienzprojekte gewinnen

- **Energieeffizienzcoaching fortführen:** Die IHK wird Unternehmen weiterhin "vor Ort" über Grundsätze der Energieeffizienz beraten. (S)
- **Best Practices kommunizieren:** Die IHK wird Best Practices vorstellen und dafür eine Informationsplattform bieten. (S)
- **Aktionsbündnis KlimaSchutzPartner Berlin weiter mit gestalten:** Die IHK wird den Wettbewerb "KlimaSchutzPartner" des Jahres weiterhin federführend organisieren. (S)
- **Energieeffizienz-Netzwerke fördern:** Die IHK wird Netzwerke zur Energieeffizienz aktiv unterstützen. (S)
- **Stadtvertrag Klimaschutz gestalten:** Die IHK wird den "Stadtvertrag Klimaschutz" fortführen. (S)
- **Technologietransfer fördern:** Die IHK wird Innovationen für den stärkeren Einsatz erneuerbarer Energien und den Technologietransfer in diesem Bereich unterstützen. (S)
- **Umweltmanagementsysteme kommunizieren:** Die IHK wird Unternehmen über Umweltmanagementsysteme informieren sowie durch Bekanntmachung für die Nutzung gewinnen. (S)

<b>Ziel: Themenspezifische Unterstützungsangebote ausbauen</b>
----------------------------------------------------------------

**Maßnahmen zum Ziel:** Themenspezifische Unterstützungsangebote ausbauen

- **Unternehmen bei Umsetzung der Verpackungsverordnung unterstützen:** Die IHK wird Unternehmen über die mit der Verpackungsverordnung zusammenhängenden Verpflichtungen informieren und entsprechend beraten. (H)
- **Pflicht zur Vollständigkeitserklärung für Unternehmen erleichtern:** Die IHK wird Unternehmen jeweils termingerecht über die Hinterlegungspflicht für Vollständigkeitserklärungen nach der Verpackungsverordnung informieren und Hilfestellung bei der elektronischen Hinterlegung geben. (H)
- **Abfallberatung auf hohem Niveau fortführen:** Die IHK wird die vom Staat auf die IHKs übertragene Aufgabe der Abfallberatung nach § 46 KrWG weiter serviceorientiert ausführen. (H)
- **Neue gesetzliche Regelungen transparent machen:** Die IHK wird Unternehmen über neue gesetzliche Bestimmungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes informieren. (S)
- **Unterstützungsangebote für Mitglieder ausbauen:** Die IHK wird ihre Unterstützungsangebote für Mitglieder im Bereich Energie- und Ressourceneffizienz ausbauen. Dazu gehört unter anderem eine Fortsetzung der 2011 mit der TSB gestarteten Veranstaltungsreihe zu Innovationen für Erneuerbare Energien und Ressourceneffizienz (S)

- **Auf Workshops und Konferenzen Know-how bereitstellen:** Die IHK wird Unternehmen zu aktuellen energie- und klimapolitischen Entwicklungen und über Möglichkeiten des effizienten Umgangs mit Energie und Rohstoffen in Veranstaltungen informieren. Das betrifft beispielsweise die Auswirkungen der Verschärfungen der Energieeinsparverordnung für Wohn- und Nichtwohngebäude. (S)
- **Durch Weiterbildung Fachwissen sichern:** Die IHK wird durch spezifische Weiterbildungsangebote betriebliches Energie-Know-how steigern. (S)
- **Wissenstransfer für Energie- und Ressourceneffizienz fördern:** Die IHK wird Berliner Unternehmen beim internationalen Wissenstransfer für Energie- und Ressourceneffizienz unterstützen (z.B. durch Zusammenarbeit mit der Exportinitiative Energieeffizienz/Erneuerbare Energien in Verknüpfung mit dem IHK-Innovationsmotor Green Economy oder durch gemeinsame Angebote mit dem bei der IHK Berlin angesiedelten EZ-Scout). (S)
- **EMAS-Register führen:** Die IHK wird die Führung des EMAS-Registers, eine vom Staat auf die IHKs übertragene Aufgabe, serviceorientiert ausführen. Dabei wird sie die Möglichkeit für Unternehmen, sich nach EMAS weltweit validieren und mit allen Standorten bei einer IHK registrieren zu lassen, aktiv kommunizieren. (H)
- **Anpassung an Klimawandel:** Die IHK wird Unterstützungsangebote für Unternehmen zur Anpassung an den Klimawandel entwickeln. (S)

**Forderungen zum Ziel:** Themenspezifische Unterstützungsangebote ausbauen

- **Wasserpreise dauerhaft reduzieren:** Die IHK fordert, langfristig niedrige Wasserpreise für die Wirtschaft auf der Basis eines nachhaltigen Finanzierungskonzepts zu gewährleisten, ohne den Landeshaushalt zu belasten oder die Leistungsfähigkeit der Berliner Wasserbetriebe zu beeinträchtigen. (P)
- **Grundwasserentnahmeentgelt senken:** Die IHK fordert, das Grundwasserentnahmeentgelt, das seine ökologische Lenkungsfunktion verloren hat, mindestens zu senken. (P)
- **Grundwassermanagement etablieren:** Die IHK fordert, dass der Senat sich aktiv dem Thema Grundwassermanagement widmet, um Standortnachteile für Berlin durch zu hohe Grundwasserstände zu vermeiden. Die Ergebnisse des „Runden Tisches Grundwasser“ sind in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen umzusetzen. (P)

## Aktionsfeld: Internationalisierung der Berliner Wirtschaft

### Ziele im Überblick:

- Ziel: Für Berlin das bundesweit beste Beratungs- und Informationsangebot zu den Entwicklungen von internationalen Handelsbeziehungen anbieten
- Ziel: Berliner Unternehmen bei der Markterschließung in EU – Ländern unterstützen, um ihnen eine herausragende Rolle bei der Auftragsvergabe zu sichern
- Ziel: International tätige Berliner Unternehmen für die Themen Sicherheit und Compliance im internationalen Geschäft sensibilisieren
- Ziel: Netzwerke im Bereich der international tätigen Unternehmen Berlins fördern
- Ziel: Startbedingungen für ausländische Unternehmen in Berlin verbessern

**Ziel: Für Berlin das bundesweit beste Beratungs- und Informationsangebot zu den Entwicklungen von internationalen Handelsbeziehungen anbieten**

**Maßnahmen zum Ziel:** Für Berlin das bundesweit beste Beratungs- und Informationsangebot zu den Entwicklungen von internationalen Handelsbeziehungen anbieten

- **Zum Ausbau internationaler Vertriebsstrukturen beraten:** Die IHK Berlin wird besonders die kleinen und mittelständischen Mitgliedsunternehmen (KMU) beim Ausbau von internationalen Vertriebsstrukturen unterstützen und beraten. Dies tut sie durch länderspezifische Beratungsangebote, z.B. durch gezielte Informationsveranstaltungen und Workshops. Die Beratung wird durch Netzwerkpartner – wie AHKs oder Wirtschaftsabteilungen der Botschaften – begleitet. (S)
- **Kontakte zu internationalen Delegationen herstellen:** Die IHK Berlin wird aktiv Kontakte zwischen ihren Mitgliedsunternehmen und internationalen Wirtschaftsdelegationen, die Berlin besuchen, vermitteln. Dies tut sie im Rahmen von durch sie selbst organisierten B2B-Gesprächen, durch die Vermittlung von Firmenbesichtigungen oder durch die Zusammenarbeit mit den Berliner Senatsverwaltungen. (S)
- **Mit den Wirtschaftsförderern der Stadt zusammenarbeiten:** Die IHK wird eng mit der Wirtschaftsfördergesellschaft von Berlin, der Berlin Partner GmbH kooperieren, z. B. bei der Bewerbung von Berlin im Ausland bei politisch begleiteten Delegationsreisen oder internationalen Konferenzen. (P)
- **Städtepartnerschaften Berlins stärken:** Die IHK Berlin wird ausgewählte Städtepartnerschaften Berlins (z.B. Istanbul und Moskau) aktiv begleiten und stärken. Dabei pflegt sie die Kontakte in die wirtschaftlichen Netzwerke der jeweiligen Partnerstadt und hat den direkten Draht zu den Behörden der Stadt, die sie für die Unterstützung Ihrer Mitgliedsunternehmen nutzen kann. Die IHK ist Mitglied im „Gemeinsamen Ausschuss Berlin – Moskau“, der bei der Senatskanzlei angesiedelt ist, und wird für 2013 ihren Vorschlag einer Delegationsreise nach Istanbul gegenüber der Wirtschaftssenatorin bekräftigen. (P)
- **Außenwirtschaftsförderprogramm (KMU) begleiten:** Die IHK Berlin wird das Land Berlin mittels ihrer Mitgliedschaft im Beirat „Neue Märkte Erschließen“ hinsichtlich der Kompatibilität des Außenwirtschaftsförderprogrammes für kleine und mittelständige Unternehmen (KMU) beraten. Sie wird – erstmalig in 2013 – gegenüber der Investitionsbank des Landes Berlin (IBB) in Bezug auf Einzelanträge von Berliner Unternehmen Stellung nehmen. Zudem wird die IHK ihre Mitglieder hinsichtlich vorhandener Förderinstrumente beraten. (P)

- **Delegationsreisen organisieren:** Die IHK wird Delegationsreisen organisieren und nachhaltig durchführen. Diese sollen immer mit hochrangiger politischer Begleitung erfolgen. Zu den vorgeschlagenen Regionen zählen in 2013 VAE und Katar, Vietnam und die Türkei. Um dies politisch zu platzieren, ist die IHK Mitglied im „Strategiekreis Außenwirtschaft“ bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung. (P)
- **Ergebnisse der Delegationsreise nach Indien weiterverfolgen:** Als Follow-up zur Delegationsreise nach Indien in 2012 wird die IHK Berlin eine Infrastrukturkonferenz Berlin-Indien organisieren. An der Konzeption beteiligen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Reise aktiv, beispielsweise durch die Gestaltung branchenspezifischer Fachpanels. Kooperationspartner der Konferenz sind die Senatskanzlei Berlin, die indische Botschaft und die AHK Indien. (S)
- **EZ Scout fest verankern:** Der vom BMZ entsandte „EZ-Scout“ bei der IHK Berlin berät zum Ausbau von Entwicklungspartnerschaften, zur Finanzierung von Machbarkeitsstudien, zu Managertrainingsprogrammen oder auch Transaktionskostenzuschüssen für mittelständische Investoren. Die Beratungsleistung des „EZ-Scouts“ umfasst alle wirtschaftsrelevanten Angebote des BMZ sowie die weiteren Bundesressorts. Mit einer maßgeschneiderten, individuellen Beratung erleichtert der „EZ-Scout“ den Unternehmen den Zugang zu den einzelnen Instrumenten und Ansprechpartnern in den zuständigen Durchführungsorganisationen der Ministerien. (S)
- **Kooperation mit Bundesministerien nutzen:** Die IHK Berlin wird Unternehmen hinsichtlich geeigneter Partner beraten. Durch die Kooperation mit dem BMZ erhalten Berliner Firmen verstärkt die Möglichkeit, ihre Dienstleistungen und Produkte gemeinsam mit Kooperationspartnern auch in Entwicklungs- und Schwellenländern zu positionieren. (S)
- **Entwicklungsarbeit Berlins konstruktiv begleiten:** Die IHK Berlin wird mittels ihrer Mitgliedschaft im „Beirat für Entwicklungszusammenarbeit“ bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung darauf achten, dass die Interessen der Unternehmen in die Entwicklungspolitik des Landes integriert werden. (P)
- **Einflussnahme auf das EG-Ursprungsrecht weiter ausbauen:** Die IHK Berlin wird dazu z. B. weiterhin Einfluss nehmen, um Änderungen des derzeitigen EG-Ursprungsrechts zu verhindern, und exportierenden Berliner Unternehmen Informationen zum Stand der Verhandlungen bei der EU-Kommission in Brüssel übermitteln. Um den Prozess weiter zu begleiten, ist die IHK Berlin Mitglied im „Arbeitskreis Internationale Handelspolitik“ des DIHK. (H)
- **Bedarfsgerecht zu Zollfragen und zum Außenwirtschaftsrecht beraten:** Die IHK Berlin wird in allen Fragen des Zolls und des Außenwirtschaftsrechts beraten und sich im Sinne ihrer Mitgliedsunternehmen für transparente und unternehmensfreundliche Zollverfahren bei der Zollverwaltung einsetzen. Um hier Expertise an die Mitgliedsunternehmen weitergeben zu können, ist die IHK Berlin Mitglied in der „Arbeitsgruppe Zoll“ des DIHK. (H)
- **Export-Workshops für Firmen anbieten:** Die IHK Berlin wird monatlich praxisorientierte Export-Workshops bzw. nachfrageorientiert Inhouse-Schulungen für die Exportabteilungen ihrer Mitgliedsunternehmen anbieten. (S).
- **Umsetzung des neuen Zollkodex aktiv gestalten:** Die IHK Berlin wird dazu im Dialog mit der Oberfinanzdirektion Mitte beispielsweise Inhouse-Schulungen und gemeinsame Informationsveranstaltungen anbieten. (H)



- **Zoll- und Außenhandelsdokumente ausfertigen:**

- 1.000 Carnets,
- 15.000 Ursprungszeugnisse,
- 10.000 Beglaubigungen und andere Außenwirtschaftsdokumente für im Ausland aktive Berliner Unternehmen ausstellen. (H)

**Ziel: Berliner Unternehmen bei der Markterschließung EU-Ländern unterstützen, um ihnen eine herausragende Rolle bei der Auftragsvergabe zu sichern:**

**Maßnahmen zum Ziel:** Berliner Unternehmen bei der Markterschließung in EU-Ländern unterstützen, um ihnen eine herausragende Rolle bei der Auftragsvergabe zu sichern

- **Zu Fragen der Europäischen Union beraten:** Die IHK Berlin wird zu Fragen rund um die EU beraten, z. B. zum Warenverkehr im Binnenmarkt, zu länderübergreifenden Dienstleistungen und zum Niederlassungsrecht. Sie erstellt EG-Dienstleistungsbescheinigungen und vertritt wirtschaftliche Interessen in Ergänzung zur Landesvertretung Berlins. (S)
- **Kooperation mit dem EEN vertiefen:** Um verstärkt Synergien zu nutzen, wird die IHK Berlin in 2013 eine engere Kooperation mit dem Enterprise Euro Network (EEN) Berlin-Brandenburg schließen, das in vielen Belangen rund um das Geschäft im Binnenmarkt berät. (S)

**Ziel: International tätige Berliner Unternehmen für die Themen Sicherheit und Compliance im internationalen Geschäft sensibilisieren**

**Maßnahmen zum Ziel:** International tätige Berliner Unternehmen für die Themen Sicherheit und Korruption im internationalen Geschäft sensibilisieren

- **Beratungsangebote zum Thema Sicherheit:** Die IHK Berlin unterstützt und berät ihre Mitgliedsunternehmen in Fragen der Sicherheit des internationalen Warenverkehrs.
- **Compliance in der Außenwirtschaft umsetzen:** Das Thema Compliance spielt in den internationalen Handelsbeziehungen eine immer größere Rolle. Hierzu gehört eine individuelle Risikoanalyse und die Pflicht, Vertragspartner national und international und auch Mitarbeiter in den offiziellen Terrorlisten zu prüfen, um eine wirtschaftliche Unterstützung von Terroristen zu unterbinden. Die IHK Berlin wird dementsprechend ihre Beratungsleistung für Mitgliedsunternehmen ausbauen. (H)
- **Schulungs- und Informationsangebot ausbauen:** Die IHK Berlin wird – um Unternehmen in Berlin für das Themenfeld Risikomanagement und Compliance in der Außenwirtschaft zu sensibilisieren – Informationsveranstaltungen, beispielsweise in Kooperation mit dem Zoll und der BAFA, durchführen, Merkblätter erstellen und Angebote für Inhouse-Schulungen in Unternehmen und Seminare bei der IHK unterbreiten. Sie wird insbesondere auch in Einzelberatungen zur Erlangung des Status des Zugelassenen Wirtschaftsbeteiligten (AEO) informieren. (S)

**Ziel: Netzwerke im Bereich der internationalen Unternehmen Berlins fördern**

**Maßnahme zum Ziel:** Netzwerke im Bereich der internationalen Unternehmen Berlins fördern

- **Austausch zwischen Exportunternehmen fördern:** Die IHK Berlin wird die exportierenden Unternehmen unterschiedlicher Branchen und internationaler Business-Communities der Stadt vernetzen und Vorschläge zu deren optimierten Informationsaustausch erarbeiten. Sie wird

Veranstaltungen, Delegationsreisen sowie Netzwerk- und Branchentreffen durchführen, damit die Berliner Wirtschaft ihren formellen aber auch informellen Erfahrungsaustausch über Länder- und Regionenspezifika, Produktergänzungen und bestehende sowie potenzielle Kundenkreise erweitern kann. Dabei werden den Unternehmen auch erfahrungsgemäß häufig auftretende Änderungen rechtlicher Vorschriften im Bereich des internationalen Warenverkehrs in geeigneter Form zur Kenntnis gebracht und erörtert. (S)

<b>Ziel: Startbedingungen für ausländische Unternehmen in Berlin verbessern</b>
---------------------------------------------------------------------------------

**Maßnahmen zum Ziel:** Startbedingungen für ausländische Unternehmen in Berlin verbessern

- **Stellungnahmen effizienter gestalten und umsetzen:** Die IHK Berlin wird sämtliche Stellungnahmen für ausländische Gewerbetreibende (von der Senatsverwaltung für Wirtschaft) im Rahmen des Antrags auf Aufenthaltserlaubnis übernehmen. (H)
- **Am Standort Berlin interessierte Unternehmen unterstützen:** Die IHK wird Unternehmen, die sich in Berlin engagieren wollen, z.B. bei der Visavergabe oder durch die enge Zusammenarbeit mit den internationalen Alumni-Netzwerken der Berliner Universitäten beraten. (S)

**Forderung zum Ziel:** Startbedingungen für ausländische Unternehmen in Berlin verbessern

- **Business Immigration Services (BIS) ausbauen:** Die IHK Berlin wird die vollständige Installation des Business Immigration Services (BIS) unter Einbeziehung der Ausländerbehörde zur Visaerteilung ins Ludwig Erhard Haus fordern. Anschließend wird die IHK Berlin die Serviceleistungen des BIS im LEH weiterentwickeln; das IHK-online-Informationsangebot wird in verschiedene Sprachen übersetzt. (S)

## Übrigens: was wir sonst auch noch für die Berliner Unternehmen tun

**Ziel: IHK Berlin bleibt weiterhin Meinungsmacher in wirtschaftspolitischen Debatten in Berlin**

**Maßnahmen zum Ziel:** IHK Berlin bleibt weiterhin Meinungsmacher in wirtschaftspolitischen Debatten in Berlin

- **Nachhaltige Veröffentlichung von Publikationen:** Zahlreiche Studien und Grundsatzpapiere, die Konjunkturberichte, die Berliner Wirtschaft in Zahlen sowie Maßnahmenkataloge o.ä. als tägliche Handreichung für Journalisten und Öffentlichkeit.
- **„Berliner Wirtschaft“:** Konsequente Fortführung des erfolgreichen Magazin-Konzeptes der „Berliner Wirtschaft“. Geeignete Zweitvermarktung von Titelthemen und exklusiven Nachrichten (z.B. Interviews). Stete Modernisierung des redaktionellen Konzeptes und bedarfsgerechte Anpassung von Redaktions- und Themenplan an aktuelle Entwicklungen in Berlins Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.
- **Wirtschaftspolitisches Frühstück** als Premiumveranstaltung stärken durch Teilnahme bedeutsamer Redner aus regionaler wie überregionaler Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

**Ziel: Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Unternehmen durch einen verbesserten Zugang zu wirtschaftsrelevanten Informationsangeboten**

**Maßnahmen zum Ziel:** Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Unternehmen durch einen verbesserten Zugang zu wirtschaftsrelevanten Informationsangeboten

- **Verbessertes Informationsangebot für neue Mitgliedsunternehmen:** Die IHK wird ihr umfangreiches Informationsangebot für die ca. 40.000 Neumitglieder durch eine Neumitgliederkampagne stärker bekannt machen. Die Kampagne beinhaltet ein neues Anschreiben, einen interaktiven Film sowie eine eigene Microsite. (S)
- **Zielgruppenspezifische Informationsaufbereitung verbessern:** Durch Themenportale, Microsites und die IHK Internetseite erhalten mindestens 1,25 Millionen Kunden zu allen Fragen rund um die Berliner Wirtschaft die passenden Antworten. Zudem werden über die 18 Newsletter 12.000 Kunden regelmäßig und kostenfrei über wichtige Wirtschaftsnachrichten informiert. Als weiteren Service wird die IHK ihren Mitgliedsunternehmen den Zugang zu ganz spezifischen Informationsangeboten über die Aufnahme in Themenverteiler erleichtern. (S)
- **Online-Kommunikation ausweiten:** Für eine bessere zielgruppenorientierte Ansprache werden die Social Media Kanäle der IHK stärker in die Gesamtkommunikation einbezogen. Hierzu gehört eine Ausweitung der Xing-Gruppe sowie die verstärkte Ansprache über Twitter. (S)
- **Telefonische Erstauskünfte anbieten:** Es werden 40.000 telefonische Anfragen mit einer Erreichbarkeit von über 94% über die zentrale Einwahl der IHK beantwortet oder an Spezialisten der IHK weitergeleitet. (S)
- **Zufriedenheit der Mitgliedsunternehmen messen:** Die IHK wird eine regionale Zufriedenheitsanalyse unter den Mitgliedern durchführen und den Ergebnissen entsprechend Maßnahmen zu einer weiteren Steigerung der Zufriedenheit ergreifen. (S)

- **Arbeitskreis „Junge Unternehmen“ weiterführen:** Zum besseren Austausch untereinander und mit der IHK werden regelmäßig junge und innovative Unternehmerinnen und Unternehmer zusammengebracht. (S)
- **Ludwig Erhard Haus als „Ort der Informationsbeschaffung“ etablieren:** Über eine neu gestaltete Website, eine Ausstellung und monatlich wechselnde Schwerpunktthemen wird den Mitgliedern das Angebot der IHK im „LEH“ näher gebracht. (S)

**Ziel: Steigende gesellschaftliche Anerkennung für ehrenamtliches Engagement in der Berliner Wirtschaft**

**Maßnahmen zum Ziel:** Steigende gesellschaftliche Anerkennung für ehrenamtliches Engagement in der Berliner Wirtschaft

- **Ehrenamtskampagne weiterführen:** Mit Plakaten, einer Website, Veranstaltungen und vielen weiteren Aktionen werden die Berlinerinnen und Berliner über die Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements in der Berliner Wirtschaft informiert. (S)

### Stichwortverzeichnis

- Abfallwirtschaft 24, 25
- Abgaben 22, 23
- Anerkennungsgesetz 32
- Arbeitslosigkeit 30, 31
- Arbeitsmarkt 1, 9, 30, 31, 32, 36
- Aus- und Weiterbildung 34
- Ausgründungen 41, 43
- Außenwirtschaftsförderprogramm 53
- Außenwirtschaftsrecht 54
  
- Bankenregulierung 8
- Barrierefreiheit 12
- Baumaßnahmen 12, 14, 16, 17
- Baunebenrecht 18
- Baustellenkoordinierung 17
- BER 16
- Berlin Partner 6, 7, 13, 19, 53
- Berliner „Masterplan Energie“ 49
- Berliner Gerichte 27
- Berufsbilder 4
- Berufsorientierung 34
- Berufsschulreform 38
- Berufszugang 40
- Betreuungsmöglichkeiten 32
- Betriebsprüfung 24
- Bildungssystem 30, 39
- Bürgerbeteiligung 18
- Bürokratieentlastung 26
- Business Immigration Services (BIS) 56
  
- Chancengleichheit 33
- City-Tax 23
- Clean Tech Park Marzahn 14
- Cluster 3, 4, 7, 9, 13, 43, 48, 50
- Cluster "Green Economy" 48
- Clustermonitoring 4, 6
- Clusterpolitik 3, 4, 6
- Clusters Gesundheitswirtschaft 4
- Clusters IKT- /Medien- /Kreativwirtschaft 5
- Clusters Verkehr/Mobilität 6
- Clusterstrukturen 4, 5
- Compliance 53, 55
- CSR 10
  
- Daseinsvorsorge 24
- Datenschutzvorgaben 28
- Delegationsreisen 54
- De-Mail 26
- demografischen Wandels 29, 30, 33, 34
- Doppelhaushalts 2014/2015 22
- Duales Lernen 35
  
- E-Bilanz 23
- EG-Ursprungsrecht 54
- Einheitlichen Ansprechpartners (EA) 27
- Elektromobilität 7
- ELStAM 23
- Energieeffizienz 51
- Energieeffizienzvorgaben 50
- Energiewendegesetz 50
- Energiewirtschaft 25, 49
- Entrepreneurship 47
- EU 9, 53, 54, 55
- Europäischen Strukturfonds 9
- Europäischen Union 55
- Existenzgründer 11
- Export 55
- Fachkräfte 1, 10, 13, 30, 32, 33, 34, 36, 37, 39, 45
  
- Fachkräfteagentur 13
- Fachkräftemonitor 32
- Familienfreundlichkeit 12
- Finanzanlagenvermittler 27, 40
- Finanzierungsformen 8
- Finanzierungsinstrumente 8
- Finanzverwaltung 23, 24
- Finanzwirtschaft 28
- Flughafen 16
- Förderprogramme 8, 9
- Förderstrukturen 3, 7
- Förderung 8, 9, 14, 24, 25, 35, 42, 43, 50
- Forschungs- und Entwicklungsleistungen 45
- Forschungsförderung 8
  
- Geschäftsstraßeninitiativen 15
- Gesundheitsversorgung 44
- Gesundheitswirtschaft 3, 4, 5
- Gewerbegebiete 14
- Gewerbesteuer 23
- Green Card-Beratung 33
- Green Economy 48, 49, 52
- Gründerhauptstadt 3, 11
- Grundsteuer 23
  
- Handel 10, 12, 15, 20, 40
- Haushalt 22
- HealthCapital 4
- Hochschulen 11, 33, 39, 41, 43, 44, 45, 46, 47

- IKT-Wirtschaft 5, 6
- Industriepolitik 3, 43, 44, 48
- innoBB 3
- Innovationsförderung 41, 42
- Integration 20, 30, 36
- internationalen Handelsbeziehungen 53
- Investitionsquote 22, 23
  
- Kampagne „Berlins Wirtschaft braucht dich“ 36
- KfW 9, 11
- Klimawandel 49, 52
- Klimaziele 50
- Konjunktorentwicklung 10
- Kreativbranche 5, 6
- Kreislaufwirtschaftsgesetz 25
- Kulturstandort 13
  
- Länderfinanzausgleich 22
- Landesbeteiligung 24
- Landesunternehmen 25
- Leitsystem 20
- Liegenschaftspolitik 15
  
- Marketingstrategie 12, 13
- Masterplan Industriestadt Berlin 43
- Masterplans Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg 4, 5
- Metropolenregion Berlin-Brandenburg 13
- Milieuschutz 15
- MINT 30, 35, 36, 47
- Mittelstandsfinanzierung 8
- Mittendrin Berlin 15
- Mobilitätskonzepte 20
- Monetäre Wirtschaftsförderung 8
  
- Nachfolgeregelung 11
- Nachvermittlungsaktion 37
- Neuverschuldung 22
- Nord-Süd-Initiative 19
  
- One-Stop-Agency 27
- ÖPNV 20, 21, 24, 25
  
- Parkraumbewirtschaftung 20
- Personalmanagement 26, 28, 29
- Praktika 35, 45
- Public Private Partnership 17
  
- Quartiere 20
  
- Regionalmanagement 15
- Rekommunalisierungen 25
- Ressourceneffizienz 51
  
- Sachkundenachweise 40
- Schaufenster Elektromobilität 7
- Schöneeweide 14, 15
- Schulinspektionen 35
- Schwarzarbeit 30, 31, 32
- ServiceStadt Berlin 2016 26
- Shared Services 26
- SKIP 44
- Smart City 14, 19
- Sport 11
- Städtebauförderung 17
- Standortkooperationen 14, 15
- Standortmarketing 3, 12
- Standortstärken 10
- Start-ups 11
- Steuern 22, 23
- Steuerreform 24
  
- Tegel 14, 18, 19, 42
- Tourismus 10, 12, 13
- Tourismuskonzept 12
- Transfer-Allianz 41
- TSB 5, 6, 7, 49, 51
- TSB, 6
- TXL 19
  
- Übergangsfristen 49
- UMFIS 49
- Umweltmanagementsysteme 51
- Unternehmensservice 7
- Unternehmenssicherheit 26, 29
  
- Verbraucherschutz 28
- Vereinbarkeit Familie und Beruf 30, 32
- Vergaberecht 28
- Vergabeverfahren 28
- Verkaufsoffene Sonntage 28
- Verkehrsinfrastruktur 16
- Vermögensteuer 23
- Versicherungsvermittler 27, 40
- Verstaatlichungen 24
- Verwaltungsreform 22
- visitBerlin 7, 28
- Vorrangprüfung 33

Wasserpreise 52  
Wasserstraßen 16  
Weiterbildung 39  
Wettbewerb 1, 20, 22, 24, 25, 27, 28, 32, 46,  
51  
Willkommenskultur 13  
Wirtschaftsförderinstitutionen 7  
Wirtschaftspolitisches Frühstück 57  
Wirtschaftsverkehrskonzept 14

Wissens- und Technologietransfer 41, 45  
Wissenschaftsfreiheitsgesetz 47  
Wissensmanagement 46  
Wohnungsbaupolitik 18  
Xing 57  
Zollfragen 54  
Zukunftsorte 13, 18, 19, 41, 42  
ZweckentfremdungsverbotsVO 15